

ETHIK UND MILITÄR

KONTROVERSEN
IN MILITÄRETHIK UND
SICHERHEITSPOLITIK

AUSGABE 02/2020

Vulnerabilität und Resilienz in der Corona-Pandemie

SPECIAL

Die Bundeswehr im Krisenmodus

VULNERABILITÄT UND RESILIENZ IN DER CORONA-PANDEMIE

Editorial

Veronika Bock Seite 03

Das Coronavirus und die globale solidarische Wohltätigkeitsethik

Kardinal Peter Turkson Seite 04

Über die Weigerung, vor dem Leiden zu kapitulieren

Katharina Klöcker Seite 08

Corona als Sicherheitsrisiko: Zur Rolle des Militärs in der verunsicherten Gesellschaft

Markus Vogt und Rolf Husmann Seite 14

Vulnerabilität und Resilienz in Zeiten der Corona-Pandemie: Eine geopolitische Betrachtung

Herfried Münkler Seite 22

Der Kampf gegen Covid-19, die strategische Ignoranz und das Monopol auf „Wissenschaft“ und „Wahrheit“

Anna Rößing Seite 30

SPECIAL: DIE BUNDESWEHR IM KRISENMODUS

„Am Anfang konnte man eine deutliche Anspannung spüren“

Interview mit Militärpfarrer
Torsten Stemmer Seite 40

„Ein Staatsbürger in Uniform wird immer der Bevölkerung helfen“

Oberfeldarzt Dennis Matthias Ritter und
Oberstarzt Willi Schmidbauer Seite 42

Covid und die Bundeswehr: Von der taktischen zur strategischen Perspektive

Hauptmann Philipp Wolf Seite 44

Impressum/Alle Ausgaben Seite 47

EDITORIAL

Die Menschheit stehe durch die Coronapandemie vor der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg – so UN-Generalsekretär António Guterres. Sie sei die größte Prüfung, die die Welt seit der Gründung der Vereinten Nationen vor 75 Jahren durchlaufe. Und es gehe nicht nur darum, das Virus einzudämmen, sondern weltweit solidarisch mit den wirtschaftlichen Folgen umzugehen. Guterres spricht von einer Wahl: Wenn die Krise eines Tages überstanden sei, könne man entweder zu einem Status quo ante Corona zurückkehren, oder aber man könne die Dinge, die die Welt für Pandemien verwundbar machen, entschieden angehen.

Selten in der jüngeren Geschichte hat sich die Weltgemeinschaft so verletzlich, ja so verwundbar gefühlt wie heute. Bei der Eindämmung eines sich global verbreitendes Virus, das mehr als einer Millionen Menschen den Tod gebracht hat, das Wirtschaft, Bildung, Kultur und religiöses Leben stark einschränkt und sich unmittelbar auf den Alltag jeder und jedes Einzelnen auswirkt, sind individuell, national und international immer neue Abwägungen und Entscheidungen gefordert, muss nach einer Balance zwischen unterschiedlichen Gütern und Werten wie Gesundheit, Freiheit und Menschenwürde, Wirtschaftlichkeit, globaler Solidarität und Verantwortung gesucht werden.

Regierungen reagieren unterschiedlich auf die Krise, was wiederum die internationale Zusammenarbeit zum Beispiel in der WHO oder der EU schwächt. Was bedeutet diese unübersichtliche Lage, deren Ende auch nach fast einem Jahr vorerst noch nicht in Sicht ist, für die internationalen Beziehungen? Wird sich durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie die globale Ungleichheit weiter verschärfen? Wird dies neue gewaltsame Konflikte, humanitäre Notlagen und Fluchtbewegungen hervorrufen? Ist die Coronapandemie als katalytischer Prozess unter geopolitischer Perspektive zu verstehen, in dessen Verlauf sich neue Ordnungen herauszubilden? Welche ethische Dimension hat der Kampf gegen ein Virus, das sich in Demokratien und in autoritär regierten Staaten gleichermaßen ausbreitet, für die Politik und für ihre Streitkräfte? Wie geht die Bundeswehr mit den Herausforderungen der Coronapandemie um?

Über solche und ähnliche Fragen schreiben die Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe von *Ethik und Militär* unter ethischer, theologischer und sicherheitspolitischer Perspektive – inmitten der Pandemie. Vor einem Jahr wurden die ersten Fälle von Covid-19 bekannt, und die Auseinandersetzung mit der Pandemie ist in vollem Gange, auch wenn angesichts einer nach wie vor dynamischen Entwicklung noch kein abschließendes Fazit möglich ist.

Die zurückliegenden Monate in der Coronazeit haben zu einer neuen Nachdenklichkeit in Bezug auf das Leben, auf Lebensstile und auf die Frage nach dem Wesentlichen geführt. Laut Markus Vogt, einem der Autoren dieser Ausgabe, liegt darin ein großes Potenzial, um die „sozialen Immunsysteme“ gegen künftige Krisen nachhaltig zu stärken. In einem Beitrag für das *zebis* führt er weiter aus: „Solidarität ist eine der wichtigsten Ressourcen für eine resiliente Gesellschaft. Hierbei können kulturelle und religiöse Traditionen helfen, die grundlegenden Einstellungen und Sinnmuster zu bestimmen, derer es bedarf, um mit einer solidarischen Perspektive nach Lösungen zu suchen und in Krisen zu reifen.“

Eindringlich ist der Appell für zwischenmenschliche Solidarität, den Papst Franziskus nur wenige Wochen nach seiner Enzyklika *Fratelli tutti* an Europa richtet: „Ich träume von einem solidarischen und großzügigen Europa“, das sich auf seine Gründungswerte zurückbesinnt und weniger von nationalen Alleingängen beeinflusst ist.

Dr. Veronika Bock
Direktorin des *zebis*



DAS CORONAVIRUS UND DIE GLOBALE SOLIDARISCHE WOHL- TÄTIGKEITSETHIK

Autor: Kardinal Peter Turkson

Wie eine konvex geformte Linse führt die Coronakrise verschiedene – ursprünglich nur lose zusammenhängende – gesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Ansätze auf bislang nicht vorstellbare Weise zusammen. Insbesondere gilt dies für die durch Covid-19 hervorgerufenen weitreichenden Veränderungen im menschlichen Zusammenleben: Der Bedarf nach bestmöglicher Gesundheitsversorgung und optimaler Überlebenssicherung wird zur vorrangigen Priorität, die Diskussion über das globale *Gemeinwohl* wurde zu neuem Leben erweckt. Die Coronapandemie führt uns also vor Augen, wie wichtig ein neues Verständnis von globaler Solidarität und Fürsorge für alle Menschen auf der Erde ist. Es stellt sich die Frage nach Verantwortung und Zuständigkeiten. Welche Akteure in der Gesellschaft sind am ehesten in der Lage, eine „globale Solidarität“ – je nachdem, wie man sie definieren mag – zu gewährleisten?

Zweifellos stellt der Ausbruch der Coronakrise die massivste Umwälzung im Leben und in der Geschichte der Menschheit seit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs dar. Dies ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen:

Erstens beschleunigt eine neue, weltweite Globalisierung in Wirtschaft und Tourismus die Ausbreitung einer vormals lokal oder regional begrenzten Epidemie. Ähnlich verhielt es sich bereits in der Vergangenheit mit der verheerenden Spanischen Grippe, die von 1918 bis 1920 wütete. Sie erhielt ihren Namen dadurch, dass spanische Zeitungen als erste über den Ausbruch der Krankheit berichteten – Spanien war während des Ersten Weltkriegs neutral. Bald traten auch in den USA die ersten Fälle der Spanischen Grippe auf, die sich wie ein Lauffeuer weltweit verbreitete. Rund 50 Millionen Menschen verloren ihr Leben – mehr als während des gesamten Ersten Weltkriegs.¹ Gleichsam entwickelte sich eine im Herbst 2019 zunächst auf China beschränkte Gesundheitskrise innerhalb von nur sechs Monaten zu einer Pandemie, die weltweit aggressiv in alle Bereiche des menschlichen Lebens vordrang.

Abstract

In der global vernetzten Welt ist die Coronapandemie die größte Herausforderung für die Menschheit seit dem Zweiten Weltkrieg. In den kapitalistischen westlichen Industrienationen mit ihren hoch entwickelten Gesundheitssystemen hat sie eine Situation geschaffen, in der in nie da gewesener Weise über das Recht und die Freiheit zu leben und über die umfangreiche Beschneidung bürgerlicher Rechte entschieden werden muss. Die freiheitlichen-demokratischen Gesellschaften der Moderne verstehen den Staat als Diener des Individuums und seines Strebens nach Glück. Bezüglich einer grundlegenden Zweckbestimmung der individuellen Freiheit entsteht so jedoch ein Vakuum, das – wie beispielsweise in Deutschland mit dem Bezug auf die Menschenwürde in Artikel 1 des Grundgesetzes – gefüllt werden muss. Bereits Papst Benedikt XVI. hat darauf hingewiesen, dass der Mensch die Verantwortung trägt, Krisen nicht resigniert hinzunehmen, sondern hoffnungsvoll umzusteuern. Übertragen auf die Coronapandemie erschöpft sich damit die Aufgabe des Staates nicht in einem Ausgleich konkurrierender Freiheitsrechte. Gerade in einer sozialen Marktwirtschaft wie der deutschen hat die Krise die Rückbesinnung auf die Bedeutung von Solidarität, der sich daraus ergebenden Ordnung individueller Freiheiten und der gemeinwohlorientierten Ressourcenverteilung nicht nur im Gesundheitssektor, sondern ebenso beispielsweise für einen wirksamen und effizienten Klimaschutz befördert. Aus dem Bewusstsein der eigenen Vulnerabilität kann so eine weltumspannende solidarische Nächstenliebe im Sinne der jüngsten Enzyklika von Papst Franziskus erwachsen.

Zweitens fällt die gegenwärtige Pandemie mit der *Medikalisierung* der westlichen Industriegesellschaft sowie mit dem modernen Kapitalismus zusammen, der sich seit Adam Smith (1723–1790) herausgebildet hat und die Gegenwart entscheidend prägt.² Vor diesem Hintergrund stellt sich insbesondere die Frage nach den Kosten und der Ökonomie des Gesundheitswesens im Umgang mit Covid-19.

Von Anfang an wurde die Coronapandemie in den Medien vorwiegend mit militärischem Vokabular behandelt: Der *Ausbruch* der Pandemie fordere *Opfer*, die Pandemie sei ein *Staatsfeind*, der mithilfe eines *strategischen Plans* bekämpft werden müsse. Die Coronakrise hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf einen bislang nie da gewesenen Konflikt der Abwägungen und Folgenabschätzungen gelenkt. Dieser betrifft unter anderem die konkrete und realistische Einschätzung der Ressourcenknappheit im Gesundheitssektor: in der Krankenhauspflege, auf der Intensivstation sowie im Hinblick auf die medizinische Vorgeschichte der Patienten und ihre Genesungsprognosen. Letztlich ist mit der Pandemie eine Situation entstanden, in der Ärzte über das Recht und die Freiheit ihrer Patienten zu leben und zu überleben entscheiden müssen. Die Einschätzung des Gesundheitszustandes und der Überlebenschancen der über 60-jährigen Patienten ist ein weiterer Aspekt dieser dramatischen Situation, in der jüngere Menschen bevorzugt werden, da sie ein geringeres Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs und ein größeres Potenzial haben, wirtschaftlichen Interessen zu dienen, insbesondere denen der kleinen und mittleren Unternehmen und des Handwerks.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Szenen und herausfordernden Situationen in den Gesundheitseinrichtungen stellt sich die Frage nach Sinn, Umfang und Ausmaß der staatlichen Eingriffe in bürgerliche Rechte, die zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Gesundheitsversorgung stattfinden. Hier stehen offensichtlich konträre Freiheitsrechte in direkter Konkurrenz zueinander, wie etwa das Recht auf Gesundheit und das Recht auf Freizügigkeit

(Urlaubsreisen unternehmen oder ganz Alltägliches wie den Hund ausführen) sowie das Recht, einen Beruf auszuüben und das eigene Einkommen zu erwirtschaften.

Die aufgeklärte Moderne stellt die Macht des Staates in den Dienst des Einzelnen, des Menschen und seines Strebens nach Glück.

Die Coronakrise hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf einen bislang nie da gewesenen Konflikt der Abwägungen und Folgenabschätzungen gelenkt

Dieses Prinzip ist unter anderem in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten enthalten: „Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingerichtet werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten.“³

Eine solche im Dienste der Person (als Individuum und als soziales Wesen) ausgeübte Staatsgewalt ist nach moderner Auslegung immer demokratisch geregelt und kanalisiert. Dies bedeutet, dass jeder zwar jedem jede Frage stellen darf, dass jedoch die alles entscheidende Frage hiervon ausgenommen ist: „Wozu gebrauchst du die Freiheit eigentlich? Wozu bist du im Leben?“ Diese Frage ist ein buchstäbliches Tabu. Sie zu beantworten, gilt als geradezu sakrosankt, obwohl sie nach dem heiligen Augustinus (*De civitate Dei*) die Grundlage jeder menschlichen Gesellschaft seit Kain und Abel ist. Die Frage liegt jedweden Gebrauch und jedweder Ausübung der *menschlichen Freiheit* zugrunde – und somit auch ihrer Daseinsberechtigung und ihrer Zweckbestimmung.

Dementsprechend entlarvt die Unmöglichkeit, Unfähigkeit oder die Irrelevanz, diese Frage auch nur zu stellen, entweder die Sinnlosigkeit der Verankerung von Menschenwürde und Freiheit im Staat, oder aber die

Verfassung gibt eine Antwort darauf, wie in Deutschland: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Artikel 1 des Grundgesetzes). Dies bekräftigt das Volk „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“⁴. Ein Kommentar zu diesem Artikel führt aus: „Ich halte diesen Satz für zentral, weil er den Geist des Grundgesetzes und da-

Die Covid-19-Krise lässt uns auch die Aufgabe des Staates in den Blick nehmen, das Gemeinwohl in einer Krisensituation wie der gegenwärtigen Pandemie zu gewährleisten und zu fördern

mit der Bundesrepublik Deutschland prägt. Zugleich geht er weit über jeden Gesetzestext hinaus; er bildet die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben im Allgemeinen, in anderen Teilen der Welt wie auch hier.“ Als wichtigste Voraussetzung für Frieden und das friedliche Zusammenleben kann und muss natürlich absolut jedes Thema insbesondere in säkularen Gesellschaften auf republikanische und demokratische Weise sowie auf der Grundlage der unbedingten Menschenwürde hinterfragt, hinterfragt und diskutiert werden!⁵

Soziologisch und wirtschaftlich wird nach der Coronapandemie nichts mehr so sein wie vorher, wann auch immer diese Zeit kommen mag. Papst Franziskus äußert in

diesem Zusammenhang die Überzeugung, niemand gehe aus einer Krise unverändert heraus. Eine Krise bringt Herausforderungen mit sich; aber sie birgt auch Chancen! Aus diesem Grund kam bereits Papst Benedikt XVI. in seiner Reflexion über die Finanzkrise seiner Zeit zu dem Schluss: „Diese stellt uns unaufschiebbar vor Entscheidungen, die zunehmend die Bestimmung des Menschen selbst betreffen ...“⁶ Er beobachtete weiter: „Die Kompliziertheit und Schwere der augenblicklichen wirtschaftlichen Krise besorgt uns zu Recht, doch müssen wir mit Realismus, Vertrauen und Hoffnung die neuen Verantwortungen übernehmen, zu denen uns das Szenario einer Welt ruft, die einer tiefgreifenden kulturellen Erneuerung und der Wiederentdeckung von Grundwerten bedarf, auf denen eine bessere Zukunft aufzubauen ist. Die Krise verpflichtet uns, unseren Weg neu zu planen, uns neue Regeln zu geben und neue Einsatzformen zu finden, auf positive Erfahrungen zuzusteuern und die negativen zu verwerfen. So wird die Krise Anlaß zu Unterscheidung und neuer Planung. In dieser eher zuversichtlichen als resignierten Grundhaltung müssen die Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks in Angriff genommen werden.“⁷

Als Anlass zur Unterscheidung schickt uns die Covid-19-Krise nicht nur auf die Suche nach dem Ausgleich konkurrierender Freiheitsrechte zur Förderung der Würde aller Menschen im Rahmen eines auf Inklusion gerichteten Gemeinwohls, sondern lässt uns auch die Aufgabe des Staates in den Blick nehmen, das Gemeinwohl in einer Krisensituation wie der gegenwärtigen Pandemie zu gewährleisten und zu fördern.

Es ist an der Zeit, Heinz Budes Verständnis von Solidarität erneut zu betrachten, das den Staat in einer Situation wie der gegenwärtigen Pandemie dazu auffordert, Solidarität zum Wohle aller Schutzbedürftigen in der Gesellschaft zu organisieren und zukünftig deutlich mehr Freiheit und Schutz füreinander zu bieten.⁸ Ohne Zweifel hat die Corona-Krise in einer *sozialen Marktwirtschaft*⁹ wie der deutschen das Eintreten dieser Zukunft beschleunigt und ein neues Verständnis von

Der Autor



Kardinal Peter Kodwo Appiah Turkson ist Präfekt des Dikasteriums zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen. Im September 2013 wurde er von Papst Franziskus im Amt des Präsidenten des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden bestätigt und 2016 als erster Präfekt des neu geschaffenen Dikasteriums zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen ernannt. Er trägt die Verantwortung für die im März 2020 von Papst Franziskus beim Dikasterium eingerichtete Kommission zu den Folgen von Covid-19. Zuvor war er Erzbischof von

Cape Coast (Ghana). Papst Johannes Paul II. ernannte ihn 2003 zum Kardinal.

staatlicher und marktwirtschaftlicher Solidarität in einem wünschenswerten Tempo geformt.

Der Staat wird neue Kraft gewinnen müssen, um individuelle Freiheiten und Freiheitsgewinne zu ordnen und Gewinne und Vermögen für das Gemeinwohl einzusetzen. Dies geschieht nicht zuletzt zugunsten eines effizienten und wirksamen Klimaschutzes, aber auch zum Schutz ganz neuer gefährdeter Risikogruppen in einer solidarischen Gesellschaft, in der der Einzelne sich dem anderen gegenüber als Mensch moralisch verpflichtet fühlt. Diese moralische Pflicht gilt im Gesundheits- und Pflegebereich, insbesondere im Hinblick auf die angemessene Entlohnung der in der Pflege tätigen Menschen und ihren Schutz angesichts erhöhter Gesundheitsrisiken, aber auch im Bereich der Globalisierung, der Investitionen, der Beschäftigung, der ganzheitlichen menschlichen Entwicklung und der finanziellen Risikoabsicherung, die in Zeiten einer Pandemie ohne staatlichen Schutz gar nicht möglich wäre. Dies ergänzt die soziale Marktwirtschaft um eine neue globale Facette, nämlich die der präventiven und vorausschauenden Solidarität sozialer und politischer Akteure, die sich ihrer eigenen Verwundbarkeit und damit der notwendigen Solidarität aller Menschen klar bewusst sind. Diese erneuerte, vertiefte Solidarität nennen wir solidarische Nächstenliebe oder, nach der neuen Enzyklika *Fratelli tutti*, geschwisterliche Liebe.

1 Vgl. Spinney, Laura (2018): *1918 – Die Welt im Fieber. Wie die Spanische Grippe die Gesellschaft veränderte*. München.

2 Vgl. Conrad, Peter (2007): *The Medicalization of Society: On the Transformation of Human Conditions into Treatable Disorders*. Baltimore.

3 Quelle der deutschen Übersetzung: <https://usa.usembassy.de/etexts/gov/unabhaengigkeit.pdf> (Stand: 25.11.2020).

4 Vgl. Dreier, Horst (2018): *Staat ohne Gott. Religion in der säkularen Moderne*. München, pp. 171–188.

5 Vgl. Taylor, Charles (2007): *A Secular Age*. Cambridge / Massachusetts; vgl. Lebrun, David (2017): „La sécularisation selon Charles Taylor.“ In: Van Reeth, Jan und Pottier, Bernard (Hg.): *Secularisation & Europe*. 's-Hertogenbosch, S. 93–100. (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)

6 *Caritas in veritate*, 21. http://www.vatican.va/content/benedict-xvi/de/encyclicals/documents/hf_ben-xvi_enc_20090629_caritas-in-veritate.html (Stand: 25.11.2020)

7 Idem (Hervorhebung im Original).

8 Vgl. Bude, Heinz (2019): *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee*. München.

9 Vgl. Franco, Giuseppe (2018): *Von Salamanca nach Freiburg: Joseph Höffner und die soziale Marktwirtschaft*. Vatikanstadt.

ÜBER DIE WEIGERUNG, VOR DEM LEIDEN ZU KAPITULIEREN

Autorin: Katharina Klöcker

Mittlerweile wird von einer Jahrhundert-Pandemie gesprochen. Aber wer weiß schon, wie pandemisch dieses relativ junge Jahrhundert noch werden wird. Weltweit haben sich mehr als 60 Millionen Menschen mit Covid-19 infiziert, 1,4 Millionen sind an den Folgen der Viruserkrankung gestorben. Zwischen dem Verfassen dieses Textes und seiner Veröffentlichung werden die Zahlen verblasst und höheren Werten gewichen sein. Wir leben in einer dunklen Zeit. Dass das Coronavirus Leid in nahezu alle Winkel der Erde trägt, ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Weltweit werden Menschen als Gezeichnete aus dieser Krise hervorgehen, körperlich, psychisch, bedroht in ihrer wirtschaftlichen Existenz. Erschöpfung und Widerwillen machen sich breit: Bislang protestieren wenige Menschen gegen die Einschränkung von Freiheitsrechten, die das Ziel haben, tragischen Triage-Situationen auf den Intensivstationen zuvorzukommen. Aber die Entwicklung ist auch hier hochdynamisch. Viele Gesellschaften könnten schon bald vor Zerreißproben stehen, wenn demokratiefeindliche Gruppierungen, die Verschwörungstheorien verbreiten, weiteren Zulauf erhalten. Mancherorts ist bereits die Rede von einem „pandemischen Populismus“¹.

Wie gut die Krise letztlich bewältigt werden kann, wird unbestreitbar davon abhängen, wie gut es gelingt, auf die jeweilige Infektionslage zu reagieren und vor allem die Kräfte im medizinischen und pflegerischen Bereich zu bündeln: Hier leistet auch die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag. Tausende Soldatinnen und Soldaten sind mittlerweile im Einsatz, etwa um die überlasteten Gesundheitsämter bei der Rückverfolgung der Infektionsketten zu unterstützen. Diese Fokussierung auf das, was im Hier und Jetzt der akuten Notlage entschieden werden muss, ist notwendig. Sie steht jedoch auch in der Gefahr, in eine destruktive Kurzsichtigkeit umzuschlagen, nämlich dann, wenn innerhalb der Bevölkerung die Akzeptanz der zum Teil schmerzhaften Einschnitte, welche viele Anti-Corona-Maßnahmen

Abstract

Die sich weiterhin hochdynamisch entwickelnde Coronapandemie verursacht weltweit tiefes Leid. Zu den wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben neben der medizinischen Krisenbewältigung gehört die Wahrung und Förderung eines breiten, konstruktiven Diskurses über die nötigen Eindämmungsmaßnahmen. Nur so lässt sich verhindern, dass die Akzeptanz schwindet und sich antidemokratisches Denken ausbreitet.

Gerade aufgrund ihrer antiresignatorischen Grundhaltung hat sich auch die Theologie in diesen Diskurs und die Beantwortung bislang vernachlässigter Gerechtigkeitsfragen einzuschalten. Will sie nicht einen (weiteren) gesellschaftlichen Relevanzverlust erleiden, muss sie sich jedoch erkennbar, ernsthaft und jenseits vorgefertigter Antworten mit den akuten Problemen der Zeit auseinandersetzen.

In der Krise wird immer wieder auf mögliche negative Korrelationen von Angst (vor Ansteckung, Krankheit und Tod) und Solidarität verwiesen. Die große Hilfsbereitschaft der vergangenen Monate zeigte, dass Angst nicht per se egoistisches Verhalten befördert. Allerdings besteht gerade in Pandemiezeiten die Gefahr, dass Solidarität in feindseliges Verhalten umschlägt. Auch das Christentum weiß um diese Gefahren der Entsolidarisierung aus Angst. Appelliert wird deshalb an das Gottvertrauen zur Überwindung der Angst. Dabei handelt es sich aber um ein für viele Menschen unerreichbares Ideal. Eine andere Möglichkeit, wie Angst und Solidarität in christlicher Perspektive in ein Verhältnis gesetzt werden können, zeigt der ‚ungläubige‘ Jünger Thomas im Johannesevangelium. Erst in der sinnbildlichen Konfrontation mit den Wunden Jesu erkennt er, dass Gott lebendig ist. Die Weigerung, vor dem Leid der Welt zu kapitulieren, könnte so zu einer Möglichkeit der Gottesbegegnung werden.

zweifellos darstellen, schwindet. Eine solche Akzeptanz, noch dazu eine, die für viele Menschen weitreichende Konsequenzen hat, verlangt nach nichts so sehr wie nach guten Gründen. Deshalb scheint es geboten, noch viel stärker als bislang einen breiten zivilgesellschaftlichen Diskurs als wirksames Mittel gegen die Ausbreitung des Virus zu forcieren: einen Diskurs, in dem Kontroversen konstruktiv ausgetragen werden, ohne Polarisierungen zu provozieren und Andersmeinende zu diffamieren. Auszeichnen würde diesen Diskurs auch, dass in ihm aufgrund der hochdynamischen Entwicklung das Eingeständnis von Fehlern nicht ein Zeichen von Schwäche wäre, sondern eines von Stärke.

Angesichts der aktuellen Pandemie, aber auch angestoßen durch den Klimawandel und durch politische Umwälzungen, verschärfen sich bislang vernachlässigte Gerechtigkeitsfragen. Inwiefern im Hinblick auf diese globalen und epochalen Herausforderungen die christliche Theologie nicht als Anbieterin einfacher Antworten infrage kommen könnte, sondern auch als Reflexionsgefährtin, dies auszuweisen halte ich für die derzeit wichtigste Aufgabe von Theologinnen und Theologen. Doch warum sollte die Theologie, so werden nicht wenige verwundert oder gar irritiert fragen, also eine Wissenschaft, die seit langer Zeit im Zeichen eines zunehmenden gesellschaftlichen Relevanzverlustes steht, ausgerechnet jetzt etwas zu sagen haben?

Die wohl kürzeste Antwort hierauf lautet: Weil Theologie als Rede von Gott die Weigerung impliziert, sich mit dem abzufinden, was ist. Gegenwärtig sehen sich Menschen hierzulande in einer lange nicht mehr da gewesenen, für die jüngeren Generationen in dieser Schärfe sogar gänzlich neuen Form mit der Frage konfrontiert, wie sich die Welt verändern müsste, damit alle jetzt, aber auch in Zukunft gut in ihr leben können. Dabei mag diese Frage harmloser klingen, als sie gemeint ist. Denn die Theologie steht in der Gefahr, sich von dieser Frage entweder nicht berühren zu lassen oder den Anschein zu erwecken, sie hätte die passenden Antworten immer schon parat. Doch hat sich eine

Theologie, der man das harte Ringen mit den Fragen der Zeit nicht anmerkt, selbst diskreditiert. Dabei ist keineswegs ausgemacht, ob sie ihre Kernanliegen überhaupt so zur Sprache bringen kann, dass sie sich als plausibel und hilfreich im Hinblick auf die bedrängenden Fragen der Gegenwart erweisen. Eines ist jedoch gewiss: Besteht die Theologie diese Bewährungsprobe nicht, so wird die Krise sie unterspülen und einer weiteren Erosion ihrer Wahrnehmung als gesellschaftlich relevante Kraft wie auch ihres Einflusses auf zeitgenössische Diskurse Vorschub leisten. Erosion

Gegenwärtig sehen sich Menschen mit der Frage konfrontiert, wie sich die Welt verändern müsste, damit alle jetzt, aber auch in Zukunft gut in ihr leben können

wird, dies ist etwa an Meeresdünen gut zu beobachten, von kleinen Pflanzen gestoppt, wenn sie Wurzeln schlagen, den Boden festigen und Windschatten erzeugen. Eine solche kleine Textpflanze theologischer Art will dieser Essay sein.

Als im März dieses Jahres in Italien, mitten in der ersten Coronawelle, selbst die Kapazität der Krematorien nicht mehr ausreichte, weil so viele Menschen in so kurzer Zeit starben, erstarrte Europa in Trauer und Angst. Das Bild von einem Militärkonvoi in der Lombardei, der Hunderte Särge, die Toten eines Tages, nach Ferrara transportierte, hat sich dem ikonografischen Gedächtnis Europas tief eingepägt. Der italienische Philosoph Giorgio Agamben beklagte damals, dass die Italiener aus Angst vor Ansteckung bereit wären, alles zu opfern: ihr normales Leben, ihre sozialen Beziehungen und Freundschaften, ihre Gefühle und politischen und religiösen Überzeugungen. Einziges Ziel seiner Landsleute, so Agamben, sei es zu überleben. Seine weiteren Ausführungen interessieren hier nur insofern, als sich in ihnen ein Satz fand, der an dieser Stelle das Nachdenken über Solidarität in der Krise in Gang setzen soll: „Das nackte Leben und die Angst, es zu verlieren“, schrieb Agamben, „ist nicht etwas, was

die Menschen verbindet, sondern was sie trennt und blind macht.“² Anders formuliert: Spätestens wenn es um das eigene „nackte Leben“ geht, wird nicht mehr solidarisch gedacht und gehandelt.

Wer angesichts der Coronakrise über den vielfach bemühten Begriff der Solidarität nachzudenken beginnt, wird nicht umhinkommen, sich zunächst zu fragen, ob Agamben tatsächlich recht haben könnte. Ob es also stimmt, dass die Angst vor Ansteckung die Solidarität der Menschen mit- und untereinander untergräbt, ob es zutrifft, dass sie blind für die Belange der anderen werden, wenn sie um ihr eigenes Leben fürchten. Die erste Frage lautet deshalb, ob sich diese Be-

11 Prozent der Befragten an, ihre Angst vor Ansteckung mit Covid-19 sei „sehr groß“, 26 Prozent bezeichneten sie als „groß“ (38 Prozent „weniger groß“ und 24 Prozent „klein“).⁴ Es gibt Menschen, bei denen die Angst sehr groß ist und möglicherweise sogar extreme Züge annimmt. Sie werden dem Diktat ihrer Angst nur schwer entkommen und in schmerzlicher Selbstabkapselung verharren. Am anderen Ende der Angst-Skala gibt es diejenigen, die ihre Angst ignorieren oder verdrängen, die sich vielleicht sogar für unverwundbar halten und keine Angst empfinden oder aber die sich dies nicht eingestehen möchten und stattdessen ihre scheinbare Angstlosigkeit möglichst sichtbar unter Beweis stellen wollen. Man denke etwa an jene Menschen, die sich weigern, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, oder an diejenigen, die Kontaktverbote, die andere schützen und die Ausbreitung des Virus verhindern sollen, gezielt unterlaufen. Es scheint naheliegend, dass sowohl die überbordende als auch die verleugnete oder nicht existente Angst eher egoistisches als altruistisches Verhalten befördert. Allerdings verweisen Psychologen hier auf sehr viel komplexere Zusammenhänge, etwa zwischen empfundenen Ängsten, Egoismus, Altruismus, Reziprozität und Empathie.

Ängste – so viel lässt sich festhalten – *müssen* nicht per se egoistisches Verhalten evozieren. Sie können auch dazu führen, dass Menschen sich stärker untereinander solidarisieren. Doch machen Angstforscher hier auch darauf aufmerksam, dass noch nicht hinreichend erforscht sei, was darüber entscheidet, wann Ängste eher einen solidaritätsfördernden Effekt haben und wann das Gegenteil der Fall ist.⁵ Die Coronakrise jedenfalls hat in beeindruckender Weise zivilgesellschaftliches Engagement entfacht und der Solidarität in unterschiedlichsten Kontexten Gestalt verliehen: Selten zuvor war eine so ausgeprägte und kreative, eine so vibrierende Hilfsbereitschaft spürbar wie in den ersten Monaten der Krise. Die Bereitschaft, vorübergehend auf bestimmte Freiheitsrechte zu verzichten oder konkrete Hilfe zu leisten, um sogenannte Risikogruppen zu schützen,

Die Coronakrise hat in beeindruckender Weise zivilgesellschaftliches Engagement entfacht und der Solidarität in unterschiedlichsten Kontexten Gestalt verliehen

hauptung Agambens als zutreffend erweist. Hier wird auf Erkenntnisse der Katastrophensoziologie und der Psychologie zu rekurrieren sein.

Umfragen belegen, dass sich die durch die Pandemie ausgelösten Ängste je nach Infektionslage verändern.³ In einer deutschlandweiten repräsentativen Befragung von Oktober 2020, einer Zeit, in der die Infektionszahlen sehr stark anstiegen, gaben

Die Autorin



Dr. Katharina Klöcker ist Theologin und Journalistin, seit 2015 Juniorprofessorin für Theologische Ethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. Nach dem Studium der katholischen Theologie in Tübingen, Paris und Münster war sie zunächst Volontärin, dann Redakteurin bei der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Bonn. Von 2004 bis 2012 war sie Mitarbeiterin am Seminar für Moralthologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät in Münster. 2009 erschien ihre Dissertation „Zur Moral der Terrorbekämpfung. Eine theologisch-ethische Kritik“. Von 2012 bis 2015 baute sie das Netzwerkbüro Theologie & Beruf an der Universität Münster auf.

2009 erschien ihre Dissertation „Zur Moral der Terrorbekämpfung. Eine theologisch-ethische Kritik“. Von 2012 bis 2015 baute sie das Netzwerkbüro Theologie & Beruf an der Universität Münster auf.

war und ist nach wie vor hoch. Hier scheint die Furcht vor Ansteckung, die ja immer auch eine lebensförderliche Komponente hat, da sie vor Leichtsinn bewahrt, eine die Solidarität nicht nur nicht beeinträchtigende, sondern sogar fördernde Funktion übernommen zu haben.

Allerdings weist die Katastrophensoziologie gleichzeitig darauf hin, dass insbesondere in einer Pandemie, in der die Bedrohung – im Unterscheid etwa zu Naturkatastrophen – von anderen Menschen ausgeht, die Gefahr besteht, dass die Solidarität in Feindseligkeit umschlägt. Menschen seien extrem anfällig dafür, letztlich doch nur das eigene Überleben sichern zu wollen.

Im jüdisch-christlichen Kontext wird der Konnex zwischen Altruismus und Egoismus im Gebot der Selbst- und Nächstenliebe ganz grundlegend thematisiert: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ heißt es bereits im Buch Levitikus, das Jesus später zitieren wird. Wurde die Nächstenliebe lange Zeit in erster Linie dahingehend gedeutet, es gehe darum, sich für den anderen bedingungslos aufzuopfern, so steht die Theologie im Kontext heutiger Diskurse über Care-Ethiken vor der Aufgabe, die Dialektik von Selbst-, Nächsten- und Feindesliebe im Angesicht der Moderne neu auszubuchstabieren; eine Aufgabe, die hier lediglich angezeigt, aber nicht weiter verfolgt werden kann. Vielmehr ist mit Blick auf die vorangegangenen Überlegungen die Frage nach der Bedeutung der Angst im Hinblick auf das Verhältnis von Altruismus und Egoismus aufzugreifen.

„Fürchtet euch nicht!“, dieser Appell ist einer der zentralen biblischen Imperative. Das ganze Leben Jesu spannt sich hier auf: In der Weihnachtsgeschichte spricht ein Engel auf dem Feld diesen Satz zu den Hirten (Lk 2,10), am Grab Jesu zu den Frauen (Mt 28,5). In zahlreichen in der Bibel bezeugten Begegnungen wird dieser Imperativ immer wieder ins Gedächtnis gerufen. Im Vertrauen auf Gott und seinen den Menschen erlösenden Zuspruch soll die Angst überwunden werden. Papst Franziskus formuliert in *Evangelii Gaudium*: „Das christliche Ideal wird immer dazu auffordern, den Verdacht, das ständige Miss-

trauen, die Angst, überschwemmt zu werden, die defensiven Verhaltensweisen, die die heutige Welt uns auferlegt, zu überwinden.“⁶ Aus einer tiefen Beziehung des Gottvertrauens heraus erscheint dies möglich. Das heißt, der Glaube *kann* den Glaubenden aus der Angst um sich selbst befreien. Und dies haben Menschen aller Epochen eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Doch gäbe es tatsächlich eine allen Christen innewohnende Freiheit von Angst um sich selbst, dann würden viele derer, die dies unter Beweis gestellt haben, nicht als Heilige verehrt. Nicht umsonst spricht Franziskus darum von einem Ideal. Die Angst bleibt eine offene Wunde, ein Einfallstor für Entsolidarisierung – auch für Christen. „Der Sturm legt unsere Verwundbarkeit bloß“, sagte Franziskus Ende März 2020 auf dem menschenleeren Petersplatz mit Blick auf die Situation der Welt im Angesicht von Corona. Er erinnerte an die ängstlichen Jünger im Boot, die vom Sturm überrascht werden und dazu aufgerufen sind, sich gegenseitig beizustehen. Ins Sichtfeld rückt also die Verletzlichkeit, eine anthropologische Grunddimension, mit der Menschen in der Pandemie tagtäglich kon-

In Jesu Leben bündeln sich die Leiderfahrungen der Welt

frontiert werden. Das Christentum stellt gewissermaßen eine einzige große Einübung in die Wahrnehmung der Verletzlichkeit dar. In Jesus bündeln sich „die Leiderfahrungen der biblischen Tradition: körperliche Misshandlung bis hin zur brutalen Vernichtung, psychische Angst und soziale Isolation, Zweifel an der eigenen Kraft, in diesem Leiden die Identität zu halten (Mk 14-15), und panische Angst, dass dieses schmerzvolle Zerbrechen seines Lebens die schreckliche Begegnung mit einem zornigen Gott sei“⁷.

Der nun alles entscheidende Hinweis darauf, was sich in diesem Leiden – und dazu gehört zuallererst auch das Leiden an der Angst – zeigt, dieser Hinweis verdankt sich

nun ausgerechnet einem, der sich der Jüngerschar gerade nicht (mehr) vorbehaltlos zugehörig fühlte, der zweifelte und deshalb in der christlichen Rezeptionsgeschichte vielfach als „Ungläubiger“ abgekanzelt wurde. Thomas verlangt danach, so wird im Johannesevangelium erzählt, die Wundmale des Auferstandenen zu sehen (Joh 20,24-29). Erst nachdem er die Wunden gesehen hat, bekennt sich dieser zweifelnde Apostel in aller Klarheit zum Auferstandenen: „Mein Herr und mein Gott.“ Man könnte sagen: Thomas ist eine „Figur, anhand derer der johannei-

Die Weigerung, vor dem Feuer des Leids zu kapitulieren, war und ist der Hoffnungsschimmer in dieser Zeit

sche Erzähler den Lesern – und in zweiter oder dritter Linie auch uns – den Weg vom Unglauben zum österlichen Glauben zu vermitteln versucht“⁸.

Doch was passiert auf diesem Weg vom Unglauben zum Glauben? Erst jener, so hat es der tschechische Theologe Tomáš Halík in seiner Deutung der Thomas-Geschichte formuliert, der die Wunden Jesu und darin die Wunden der Welt sehe und berühre und nicht vor dem „Feuer des Leids kapituliere“, wird erkennen, dass Gott lebendig ist.⁹ Aus der Wahrnehmung von Angst und Leid, aus einem tiefen Berührt-Sein trotz aller notwendigen körperlichen Distanz, erwuchs in den vergangenen Monaten – nicht überall, aber doch an vielen Stellen – eine überbordende Solidarität. Diese Weigerung, vor dem Feuer des Leids zu kapitulieren, war und ist der Hoffnungsschimmer in dieser Zeit. So könnte in einer erfahrbaren und glaubwürdigen Weise, mitten in der Coronakrise, auch vom Lebendigsein Gottes die Rede sein.

1 So der Titel einer Studie zu Facebook-Einträgen im Zusammenhang mit Covid-19, unter: <https://arxiv.org/abs/2004.02566> (Stand: 13.11.2020).

2 Agamben, Giorgio (2020): „Nach Corona: Wir sind nurmehr das nackte Leben: Gastkommentar“. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 18.3.2020.

3 Vgl. z. B. https://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung/publikationen/Schulze_et_al_2020_Veraenderte_Wahrnehmung_der_COVID-19_Lage_von_Ma_z_bis_April_2020.pdf (Stand: 13.11.2020).

4 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1096524/umfrage/umfrage-zur-angst-vor-ansteckung-mit-dem-coronavirus-in-deutschland/> (Stand: 13.11.2020).

5 Vgl. „Angst ist ansteckend“. Interview mit Jürgen Margraf, online verfügbar unter: <https://taz.de/psychologe-ueber-das-coronavirus/!5665965/> (Stand: 13.11.2020).

6 Franziskus: *Evangelii Gaudium. Apostolisches Schreiben an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die Personen geweihten Lebens und an die christgläubigen Laien über die Verkündigung des Evangeliums in der Welt von heute* (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 194). Bonn 2013, Nr. 88.

7 Zenger, Erich (1980): „Leiden, IV. Biblische Perspektiven“. In: Brantschen, Johannes B. u. a. (Hg.): *Leiden. Gesundheit – Krankheit – Heilung. Sterben – Sterbebeistand. Trauer und Trost*. Freiburg (Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft 10), S. 27–36, S. 27.

8 Frey, Jörg (2011): „Der ‚zweifelnde‘ Thomas (Joh 20,24-29) im Spiegel seiner Rezeptionsgeschichte“. in: *Hermeneutische Blätter*, S. 5–32, S. 24.

9 Vgl. Halík, Tomáš (2013): *Berühre die Wunden. Über Leid, Vertrauen und die Kunst der Verwandlung*. Freiburg, S. 22.

CORONA ALS SICHERHEITSRISIKO

ZUR ROLLE DES MILITÄRS IN DER VERUNSICHERTEN GESELLSCHAFT

Autoren: Markus Vogt und Rolf Husmann

Das Verhältnis von Militär und Gesellschaft ist in Deutschland prekär und spannungsreich. Vor diesem Hintergrund ist die in der Coronakrise von Soldatinnen und Soldaten geleistete Hilfe eine Chance, das Image der Bundeswehr positiv zu beeinflussen. Die Situation ist jedoch auch Anlass, grundlegender über die Rolle des Militärs in der Zivilgesellschaft sowie den sich wandelnden Umgang mit Risiken nachzudenken. Eine Äußerung der Bundesministerin der Verteidigung zu Beginn der Coronapandemie im März 2020 könnte als Leitsatz ein neues Verhältnis von Zivilgesellschaft und Militär anregen: „Wenn Länder und Gemeinden, die Wirtschaft, die Polizeien, das technische Hilfswerk und alle weiteren Institutionen an die Grenzen kommen, steht die Bundeswehr selbstverständlich zur Seite.“¹

Die Sehnsucht nach einem Helfer in der Not war groß. Die Krisenerfahrung der Coronapandemie hat das Gemeinwesen wie durch ein Erdbeben erzittern lassen. Eine vermeintliche Sicherheit, wie es sie vor dieser Zäsur gab, ist einer Wahrnehmung von Verunsicherung und Risiko gewichen. Wie ein Gemeinwesen auch unter solchen Extrembedingungen und unter dem Eindruck unvorhersehbarer und unkontrollierbarer Risiken stabilisiert werden kann, ist eine Frage der Resilienz. Annegret Kramp-Karrenbauer hat die Bundeswehr als „unentbehrliche und verlässliche Stütze unseres Gemeinwesens“² und damit quasi als Backup-Resilienzressource zu dessen Stabilisierung vorgestellt.

Wie genau dieser Beitrag der Bundeswehr aussehen kann und welche Grenzen ihr Engagement haben sollte, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen. So gewinnbringend es nämlich sein kann, diese konstruktive Rolle der Bundeswehr gegenüber der Zivilgesellschaft als neues Leitbild zu etablieren, so wichtig ist es auch, die Grenzen militärischen Engagements in der Zivilgesellschaft zu eruieren, denn das zivile Gemeinwesen sollte gerade auch in seiner Staatsferne einen unentziehbaren Freiheitsraum genießen. Auch das freiheitlich-demokratische Leitbild der Bundeswehr vom „Staatsbürger in Uniform“

Abstract

Die Bundeswehr ringt mit einem neuen Leitbild. Ein wichtiger Aspekt dieses Selbstbildes ist die Beziehung zwischen Militär und Zivilgesellschaft. Während der Coronakrise ist den Streitkräften die Funktion einer Back-up-Ressource zugewachsen, die die Resilienz der Gesellschaft steigert. Der Artikel untersucht, welche Beiträge das Militär für die Gesellschaft leisten kann und welche Grenzen einem solchen Engagement in einer freiheitlichen Demokratie gesetzt sind. Dazu wird zuerst der Begriff der Resilienz erläutert, die auf Anpassungs- und Entwicklungsfähigkeit von Individuen wie Gesellschaften zielt und fragt, welche Potenziale zur Lösung unvorhergesehener Probleme und Krisen vorhanden sind. Kontingente Ereignisse werden unter diesem Blickwinkel nicht als Störfaktoren, sondern als Entwicklungsimpuls verstanden. Im Anschluss werden die vielfältigen Unterstützungsleistungen der Bundeswehr und anderer nationaler Streitkräfte in der Coronapandemie skizziert, die die Handlungsfähigkeit des Staates erhöhen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung stützen und so auch zu einem positiven Image des Militärs beitragen können. Dennoch gilt es – auch vonseiten der Politik und der Zivilgesellschaft – die von der Bundeswehr erwartete Hilfe im gebotenen, vom Grundgesetz vorgegebenen Rahmen zu halten, anstatt reflexartig Risikoeliminierung zulasten von Freiheit zu betreiben. Der Artikel plädiert für eine komplementäre „Risikomündigkeit“ durch ein stets neu auszutarierendes Gleichgewicht zwischen Freiheit, Risiko, Resilienz und Stabilität.

sollte dem Rechnung tragen. Deshalb wird dieser Artikel in einem ersten Schritt den Resilienzbeitrag der Bundeswehr beleuchten und in einem zweiten Schritt das Verhältnis von Freiheit und Risiko in einer freiheitlichen Demokratie. Dabei stellen sich die Fragen, welche Grenzen das Prinzip der Freiheitlichkeit einem Engagement der Bundeswehr setzt und wie ein Gemeinwesen mit dem notwendigen Komplement der Freiheit, dem Risiko und der Kontingenz, verantwortlich umgehen kann.

Militär und Resilienz der Gesellschaft

Der Kollaps von Gesellschaften wurde oft dadurch verursacht, dass die Menschen trotz der Offensichtlichkeit grundlegender Probleme so weiterlebten wie zuvor und sich nicht an die veränderten Bedingungen anpassten.³ Es fehlte diesen Gemeinwesen also an einer gewissen Elastizität, an Resilienz. Zugleich gibt es auch positive Beispiele von Anpassungsfähigkeit: So haben weitaus weniger einschneidende Veränderungen als die Coronapandemie heute unsere Gesellschaft zur Aktivierung adaptiver und regenerativer Fähigkeiten herausgefordert. Jetzt in der Coronapandemie wird jedem Einzelnen abverlangt, sein Verhalten an die Situation anzupassen. Ein unverändertes Weiter-so in der Gesellschaft hätte zu einer Zuspitzung der Situation geführt und einen katastrophalen Ausgang in greifbare Nähe gerückt. Aber auch angesichts anderer rapider Veränderungen in unserer Gesellschaft ist die Frage der Anpassungsfähigkeit und Resilienz virulent geworden.

Resilienz als Eigenschaft von Systemen und Gesellschaften, robust gegenüber unvorhergesehenen Veränderungen zu sein, ist zum Forschungsgegenstand der Gesellschaftswissenschaften geworden. Dazu werden in der Gesellschaftstheorie komplexe Systemabläufe modelliert. In diesen Modellen ist Resilienz ein prozessbezogenes Komplementärkriterium zu inhaltlichen Konzepten, die von einer normativ bestimmten Zieldefinition für die gesellschaftliche Entwicklung ausgehen. Sie denkt Prozesse nicht von wünschenswerten Idealen her, sondern von möglichen Gefährdungen,

Risiken und unvorhergesehenen Schwierigkeiten. Das Resilienzkonzept versucht Eigenschaften und Prozesse zu identifizieren, die robuste Anpassung und Entwicklung der Gesellschaft auch unter widrigen Bedingungen ermöglichen.

Dabei wird nach einem Ansatz für Situationen gesucht, in denen sich das Umfeld rasch ändert und diese Änderungen nicht vorhersehbar sind. Resilienz fasst Response-Strategien zusammen, also Basiskompetenzen, um mit Unvorhergesehenem, Störungen und Strukturbrüchen fertig zu werden und angemessen auf Situationen, die von Kontingenz, Zufall und Nichtwissen geprägt sind, zu reagieren. Die Stärkung der Resilienz ist eine Vorbereitung auf Probleme zweiter Ordnung, das heißt auf Probleme, die dadurch eine besondere Schwierigkeit bereiten, dass sie unvorhersehbar und inhaltlich unbekannt sind.⁴ Resilienz verlangt mehr als Effizienzoptimierung, weil sich Effizienz per definitionem immer auf bekannte Probleme bzw. Rahmenbedingungen bezieht, Resilienz aber auf un-

Resilienz verlangt mehr als Effizienzoptimierung, weil sich Effizienz per definitionem immer auf bekannte Probleme bzw. Rahmenbedingungen bezieht, Resilienz aber auf unbekannte und in ihrer Entwicklung schwer steuerbare

bekante und in ihrer Entwicklung schwer steuerbare. Improvisationsfähigkeit und die Offenheit für Überraschungen werden zu Leitugenden einer kontingenztauglichen Ethik.⁵ Es geht darum, Wandel kreativ zu gestalten und nicht nur zu erleiden. Resilienz bezieht sich auf einen „nicht klar steuerbare[n], durch Unsicherheit wie erst noch zu gewinnendes Wissen gekennzeichnete[n] Prozess“⁶.

Daneben lassen sich Potenziale der Problemlösung auch in personalen, sozialen, kulturellen, ökonomischen oder ökologischen Ressourcen finden. Im Mittelpunkt steht also die Frage, wie Menschen Krisen meistern und wie Institutionen oder Systeme so gestaltet werden können, dass sie gegen Störungen weniger anfällig sind. Resilienzkonzepte fragen akteurs-, handlungs- und ressourcenorien-

tiert nach Problemlösungspotenzialen. Dabei geht es gerade nicht um einen vermeintlichen Fortschritts- und Planungsoptimismus, dieser wird vielmehr systematisch relativiert. Die Vorstellung, alle anstehenden Probleme präventiv beseitigen zu können, wird abgelöst vom „Unsicherheitsparadigma“. Resilienz-Strategien rechnen mit dem Unerwarteten, mit den „schwarzen Schwänen“ (Taleb). Deshalb geht man in Resilienzkonzepten davon aus, dass Unsicherheit und Überraschungen keineswegs immer schlecht sind. Wie ein Immunsystem sich erst entwickelt und aktiv wird, wenn es Bakterien abzuwehren gilt, so brauchen auch soziale Systeme und geistige Prozesse stets Herausforderungen, um ihre Potenziale zu entfalten. Resilienz setzt auf die Stärkung der personal-psychischen und gesellschaftlich-sozialen Immunsysteme.⁷ Sie betrachtet Krisen als „Störungen, die Anreizimpulse in Richtung höherer Komplexität setzen“⁸. Resilienzforschung interessiert sich für Prozesse der Verarbeitung von Störungen und betrachtet diese Dynamik als das entscheidende Merkmal komplexer lebender oder sozialer Systeme. Deren Identität ist daher nicht statisch definierbar, sondern eher als Reaktions-

Resilienz unterscheidet sich sowohl von Resistenz im Sinne des bloßen Beharrens als auch von einer Transformation, die zu einem Bruch der Identität und zum Übergang in einen völlig anderen Zustand führt

bzw. Handlungs- und Deutungsfähigkeit oder auch als „Antifragilität“⁹.

Antifragilität könnte man mit Stabilität oder Starrheit verwechseln, was jedoch gerade nicht gemeint ist. Statt von Stabilität sollte man deshalb besser von Konstanz oder Konsistenz sprechen: Irgendetwas bleibt konstant, anderes muss sich verändern. Manchmal müssen sich Teile und einzelne Eigenschaften des Systems ändern, damit dieses als Ganzes erhalten bleiben kann. Die Resilienz unterscheidet sich also sowohl von Resistenz im Sinne des bloßen Beharrens als auch von einer Transformation, die zu einem Bruch der Identität und zum Übergang in einen völ-

lig anderen Zustand führt. Resilienz zielt auf dynamische Selbsterhaltung eines Akteurs, einer Institution oder eines Systems hinsichtlich ihrer identitätsstiftenden Funktionen und Kerneigenschaften.

Zusammenfassend: Resilienz ist eine Copingstrategie der Gesellschaft, die aus Krisenerfahrungen zu lernen vermag. Nun gilt es, im Einzelfall zu klären, wie das Militär einen Beitrag zu dieser Strategie geleistet hat und leisten kann.

Der Beitrag des Militärs weltweit

Die Coronakrise ist eine Belastungsprobe für die Gesellschaft und führt die Möglichkeit einer Überlastung und des Kollaps gesellschaftlicher Institutionen greifbar vor Augen. In vielen Ländern leistete das Militär wertvolle Hilfe in Form von Logistik, Personal oder Dienstleistungen. Alle diese auf den ersten Blick einfachen Hilfestellungen sind für das Funktionieren und den Bestand unserer Gesellschaft von einer gewichtigen Bedeutung. Gerade unter den Belastungen der Pandemie, die einen außerordentlich hohen Bedarf an Schutzausrüstung und medizinischem Personal hervorruft, sind eine Personalreserve sowie logistische Kapazitäten entscheidend, damit es nicht zu Engpässen kommt oder zu einer Überlastung des unter regulären Bedingungen vorgesehenen Personals und Equipments. Auch in diesem sehr praktischen Sinn können Hilfestellungen des Militärs einen entscheidenden Beitrag zur Resilienz der Gesellschaft darstellen, weil sie eine Überlastung und einen Kollaps verhindern können. Dies haben wir weltweit beobachtet.

In Frankreich stellte das Militär zusätzliches medizinisches Personal zur Verfügung und organisierte Krankentransporte. In der Schweiz übernahm das Militär logistische Aufgaben, aber auch die Pflege von Kranken sowie Krankentransporte. In Italien wurden Lastwagen zum Transport zur Verfügung gestellt, auch medizinisches Material wurde vom Militär hergestellt. In Polen versorgte es Menschen in Quarantäne und bot eine psychologische Beratung durch eine Hotline für Menschen in

Quarantäne an. Da die belasteten Sicherungssysteme (Gesundheit, Versorgung et cetera) an ihre Leistungsgrenze gelangten, konnte so schließlich deren Überlastung der effektiv verhindert werden.

Die Beiträge des Militärs wurden – mit Ausnahmen – vielfach positiv aufgenommen.¹⁰ Sie haben der Bevölkerung vermittelt, dass der Staat auch in der Krise handlungsfähig ist und Resilienzreserven hat, die ihn vor einem Kontrollverlust oder gar anarchischen Zuständen bewahren. Dass die Bundeswehr diese helfende Funktion übernimmt, lässt sie als zuverlässigen, kompetenten Partner der Zivilgesellschaft erscheinen. Allerdings gilt es auch hier, das rechte Maß zu wahren. Während Hilfstätigkeiten und die Kompensation ausgefallenen staatlichen Personals und Beamter (zum Beispiel aufgrund einer Infektion) zweifelsohne begrüßenswerte Maßnahmen sind, kann dies dann fragwürdig werden, wenn das Militär lediglich dazu eingesetzt wird, die Kontrolldichte und die Einflussnahme des Staates zu erhöhen, denn die Zivilgesellschaft einer freiheitlichen Demokratie zeichnet sich durch ein Reservoir der Staatsferne aus. Deshalb sollte es einer Bundeswehr für ihr Selbstverständnis gerade darauf ankommen, nicht den Eindruck zu erwecken, diesen Freiheitsraum beeinträchtigen zu wollen, sondern ihn zu schützen und angesichts von Bedrohungslagen von außen zu erhalten. Es muss also im Wesentlichen um ein Gleichgewicht von Konstanz (durch Resilienz) und Freiheit (unter Hinnahme von Risiken) gehen. Die Freiheit aber verlangt vom Einzelnen und der Gesellschaft auch eine gewisse Risikotoleranz. Die weitverbreitete Aversion gegen jegliches Risiko kann nur überwunden werden, wenn aufgezeigt wird, dass die heute oft anzutreffende „Versicherungsmentalität“ einseitig ist und durch die Erkenntnis ergänzt werden muss, dass Freiheit und Risiko in einem engen Bedingungs-zusammenhang stehen.

Freiheit und Risiko

Unser Risikoverständnis hat sich gewandelt. Gegen Risiken kann man sich heutzutage versichern. Die Zerstörung des Hauses durch Blitzschlag und Feuer ist kein hinzunehmendes Schicksal mehr, sondern kann durch einen Blitzableiter abgewehrt und durch eine Wohngebäudeversicherung kompensierbar gemacht werden. Vieles, was früher Schicksal war, wird heute in (Handlungs-)Kalküle eingestellt. Die Ausdehnung von Wissen und

Die oft negativen Assoziationen, die der Begriff des Risikos weckt, versperren den Blick darauf, wie eng Risiko und Freiheit zusammenhängen

Einflussmöglichkeiten vergrößert den Radius der Verantwortung und verwandelt hinzunehmendes Schicksal in Risiko, das in den Entscheidungsprozess von Individuen und Gemeinwesen Berücksichtigung findet. Dieser Perspektivenwechsel brachte erhebliche Verschiebungen in der persönlichen Wahrnehmung und gesellschaftstheoretischen Einordnung von Unsicherheit mit sich. Risiko wird nunmehr vielfach als negative Komponente betrachtet, auf die man Einfluss nehmen kann und die es zu minimieren gilt.

Herrmann Lübke kritisiert diese quasi omnipräsente Risikokommunikation als ein durch den Begriff des Risikos einseitig dominiertes Denkmuster, das die Neigung zu hohen Sicherheitserwartungen und einem sich häufig in Anklagen äußernden Moralismus erzeuge¹¹. Sie treibe Politiker in eine „deklamatorische Verantwortungsüberlastung“¹², weil sie gewählt werden, wenn sie eine ihre Handlungskompetenz weit überschreitende Risikobewältigung versprechen.¹³ Die verständliche Forderung nach einer Minimierung von Risiken ist ein Phänomen, das aufs Engste mit der urmenschlichen Emotion der Angst und dem Verlangen nach Sicherheit verstrickt ist.

Die oft negativen Assoziationen, die der Begriff des Risikos weckt, versperren den Blick darauf, wie eng Risiko und Freiheit zu-

sammenhängen. Wer Freiheit fordert, muss auch mit Risiken leben lernen. Eine Freiheit, die nur solche Handlungsalternativen umfasst, die kein Risiko entfalten, ist entkernt, denn solche Handlungsalternativen sind oft nicht gegeben oder unterscheiden sich in rein banalen Aspekten. Ob Autofahren, Grillen, Feuerwerk oder das Halten von Tieren – viele unserer Handlungen bergen in sich ein (erlaubtes) Risiko für andere. Natürlich könnte man theoretisch das Autofahren oder Feuerwerke verbieten, um bestimmte Risiken auszuschließen, aber das sind Einzelentscheidungen über die gesellschaftliche Frage, welche spezifischen Risiken wir akzeptieren und gesellschaftlich hinnehmen und welche nicht. Die Grundabwägung zwischen Risikominimierung und Freiheit ist aber damit nicht aus der Welt, sondern stellt sich dann anhand ande-

ein Risiko für die Gesellschaft angesehen, dem mit scharfer Zensur begegnet wurde. Aber auch deutlich im Vorfeld zu diesem offenkundig antidemokratischen Beispiel werden sich Grenzen finden lassen, wo eine freiheitliche Ordnung den Mut zum Risiko verlangt.

Diese Grenzen lassen sich auch anhand der Grundentscheidung des Grundgesetzes zum Einsatz der Bundeswehr im Innern ablesen und in Auseinandersetzung mit den Argumenten zur Kritik an Militarismus, und zwar nicht in einem lediglich ästhetischen Sinn, sondern in einem soziologisch-staatstheoretischen Sinn.

Militarisierung der Gesellschaft?

In Art. 87a II GG wird ein Verfassungsvorbehalt für den Einsatz der Streitkräfte als „Mittel der vollziehenden Gewalt in einem Eingriffszusammenhang“¹⁴ formuliert.¹⁵ Davon wird nicht jede Verwendung militärischer Ressourcen erfasst, aber jede Verwendung, bei der das Droh- und Einschüchterungspotenzial der Streitkräfte sich entfaltet. Eine vom Grundgesetz ausdrücklich vorgesehene Einsatzmöglichkeit findet sich in Art. 35 II 2, III GG. Dort werden hohe Anforderungen an die Amtshilfe durch die Bundeswehr gestellt: „Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall“. Es muss sich mit den Worten des Bundesverfassungsgerichts um „Ereignisse von katastrophischen Dimensionen“¹⁶ handeln. Damit hat der Verfassungsgeber die Hürden für den Einsatz der Streitkräfte im Inland hoch gesetzt. Im Hintergrund solcher Regelungen lässt sich zu Recht ein gewisser Vorbehalt gegenüber der Macht militärischer Einrichtungen vermuten. In der Begründung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Grundgesetzes um obenstehende Regelungen wird nämlich deutlich darauf hingewiesen, dass „die Freiheit und das Wohl“ der Bürger gerade durch die Gewaltenteilung und durch weitere Dezentralisierung und Aufspaltung von Macht geschützt werden sollen.¹⁷ Es lässt sich also grundsätzlich ein Vorbehalt gegenüber einer überstarken zentralen Staatsmacht im Inneren feststellen, die den Freiheitsraum einer Zivilgesellschaft deutlich verkürzen könnte. Gerade vor dem Hintergrund der Ge-

Die Utopie der vermeintlich vollständigen Risikobeseitigung ist ein fataler Irrglaube

rer Beispiele erneut (zum Beispiel autonomes Fahren). Die Utopie der vermeintlich vollständigen Risikobeseitigung ist ein fataler Irrglaube, auch wenn er dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen entspringt und dieses nährt. Es gibt nämlich Grenzen, die eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft nicht überschreiten sollte. Ein ganz evidenter Fall ist die Zensur, denn selbst die Frage, welche Bücher wir lesen, wurde nicht erst in den nationalsozialistischen und kommunistischen Diktaturen als

Der Autor



Prof. Dr. Markus Vogt (geb. 1962) ist Ordinarius für Christliche Sozialethik an der katholisch-theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er studierte katholische Theologie und Philosophie in München, Jerusalem und Luzern. 2007 übernahm er den Lehrstuhl für Christliche Sozialethik an der LMU. Markus Vogt ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Theologie und Frieden sowie des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften. Seit 2019 ist er Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.

schichte des Nationalsozialismus hat dieser Freiheitsraum in Deutschland eine besondere Bedeutung.

In eine ähnliche Richtung lässt sich auch jene Kritik verstehen, die unter der Überschrift „Militarisierung der Gesellschaft“ firmiert. Ein rein historischer Verweis auf den preußischen Militarismus, den manche Autoren als Wurzel der Fragilität der Weimarer Republik begreifen, fasst diesen Argumentationsstrang zu kurz. Vielmehr soll es gerade darum gehen, dass eine Zivilgesellschaft nicht in den staatlichen Hierarchiebau vollständig eingegliedert werden soll und nicht jeder Bereich der Gesellschaft dem Zugriff dieser Hierarchie und ihrer Befehl-Gehorsam-Struktur unterstellt sein soll.

Dieser Bedenken eingedenk, lässt sich als Grenze des militärischen Engagements formulieren, dass die Bundeswehr vornehmlich Hilfstätigkeiten übernehmen sollte, ihr Engagement allerdings kein Plus an staatlicher Macht bedeuten soll, sondern allein ein Ausgleich staatlicher Schwächung durch die gegenwärtige Krise. Hält man sich innerhalb dieser Grenzen, ist ein Engagement des Militärs von Respekt gegenüber dem Refugium der Zivilgesellschaft getragen und die Bundeswehr ein starker Partner angesichts überwältigender Krisen.

Aber allein von der Bundeswehr diese Zurückhaltung zu fordern, die auch nach den Vorgaben des Grundgesetzes strikt einzuhalten ist, reicht nicht aus, sondern auch andere politische Akteure und die Zivilgesellschaft sollten nicht über das gebotene Maß Hilfe von der Bundeswehr einfordern. Die Zivilgesellschaft muss sich stattdessen aktiv mit den Fragen von Risiko und Kontingenz auseinandersetzen und Strategien entwickeln, wie Risiken und Kontingenz individuell bewältigt werden können, ohne reflexartig Sicherheit auf Kosten der Freiheit zu fordern.

Kontingenzbewältigung als individuelle Herausforderung

Einen wichtigen Beitrag kann dazu auch Religion und religiöse Ethik leisten. Nach Niklas Luhmann ist nämlich die zentrale Aufgabe der Religion „Kontingenzbewältigung“, das heißt Wachhalten des Bewusstseins von nicht auf-

lösbarer Unsicherheiten und Paradoxien. Dies scheint gerade im Blick auf aktuelle Risikofragen im Kontext der Coronapandemie sowie ökologischer und politischer Destabilisierungen fundamental zu sein. Religion kann ein Beitrag zum individuellen Coping sein.

Der Einzelne muss aber auch genau wie die Gesellschaft eine Risikomündigkeit entwickeln, wie Wolfgang Kersting den verantwortlichen Umgang mit Unsicherheit nennt:

In einer freiheitlichen Gesellschaft ist Risiko ein ständiger Begleiter

„Das Denken in Wahrscheinlichkeiten, das Abwägen mehrerer Möglichkeiten gehört zur kognitiven Infrastruktur der Moderne, denn die Moderne ist die Epoche der nur relativen, der gewissheitsfreien Rationalität. [...] Daher müssen wir in technischer wie in moralischer Hinsicht risikomündig werden und ein Management der Ungewissheiten entwickeln.“¹⁸

Risikomündigkeit ist die Fähigkeit, auch in Situationen, die durch hohe Komplexität und Unsicherheit geprägt sind, begründete und verantwortliche Entscheidungen zu treffen. In einer freiheitlichen Gesellschaft ist Risiko ein ständiger Begleiter. Aber die Unsicherheit rührt auch aus einer immer komplexer werdenden Gesellschaft und Diskurslandschaft. Die Unsicherheit speist sich dabei aus zum Teil ungewissen Handlungsfolgen, aus unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben der Betroffenen, über die selten ein Konsens zu fin-

Der Autor

Mag. theol. Rolf Husmann B.A. studierte Theologie, Philosophie und Rechtswissenschaft unter anderem in Münster, Uppsala (Schweden), Rom, München und Padua. Derzeit schließt er sein Jura-Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität ab und arbeitet als Mitarbeiter am Lehrstuhl für Christliche Sozialethik.



den ist, sowie aus dem Handlungsdruck, der dadurch entsteht, dass auch Passivität hohe Gefahren bergen könnte.

Aufgrund der überbordenden Unsicherheiten in komplexen Systemen, die in Coronazeiten gesteigert sichtbar wird, würde ein Vorrang der Risikominimierung – konsequent angewendet – jedoch zu einer völligen Lähmung der Handlungsfähigkeit führen. Strikte Risikovermeidung mündet in den resignativen Verlust von Innovation und könnte sich insofern am Ende als eine Strategie erweisen, die Handlungspotenziale blockiert und so mehr Risiken erzeugt als vermeidet. „Risikomündigkeit“ zielt nicht auf die absolute Minimierung

Der Weg, den Deutschland bisher beschritten hat, deutet in die richtige Richtung, den gerechten Ausgleich von Freiheit, Risiko, Sicherheit und Stabilität

jeglichen Risikos, sondern auf die Vermeidung einer kritischen Schwelle von Risiken und auf die Erhöhung der flexiblen Problemlösungspotenziale.

Über diese Schwellen muss ein gesellschaftlicher Kompromiss gefunden werden, den jedes rationale Individuum auch potenziell mittragen kann. „Gerade weil die Risikowahrnehmung aber nicht durch die Grammatik absoluter Rationalität geprägt ist, sondern eingebettet ist in ein plurales, unterschiedliche Wertperspektiven ausbalancierendes Wahrnehmungsverhalten, muss sie in *partizipatorische Entscheidungsmodelle* der Risikobeherrschung eingebettet bleiben.“¹⁹ Insofern viele Situationen komplexer Zusammenhänge besonders kontextsensibel sind, kommt dem Urteil der unmittelbar Handelnden und Betroffenen gegenüber dem der externen Experten ein unverzichtbarer Stellenwert zu. Risikomündigkeit setzt gerade im Kontext der Coronakrise demokratische Verfahren voraus, die unter repräsentativer Beteiligung der Betroffenen sowie der verschiedenen Sachkompetenzen unaufhörlich die entscheidungsrelevanten Grenzen des Wissens reflektieren.

Die individuelle und gesellschaftliche Risikomündigkeit ist damit komplementär zu den Resilienzressourcen, die unsere Gesellschaft auch aus dem Engagement der Bundeswehr zieht. Der Weg, den Deutschland bisher beschritten hat, deutet in die richtige Richtung, den gerechten Ausgleich von Freiheit, Risiko, Sicherheit und Stabilität. Eine perfekte Mischung lässt sich nicht als Rezeptur für alle Zeiten und alle Gemeinwesen gleichermaßen formulieren, sondern sie ist ein Diskussionsgegenstand, der in einer pluralen Gesellschaft ständig demokratisch neu verhandelt werden muss.

Dass auch Risiken auftreten können, die im gesellschaftlichen Diskurs nicht bedacht worden sind, hat die Coronapandemie vor Augen geführt. Umso beruhigender ist, dass die Bundeswehr einen tatkräftigen, zugleich subsidiär-zurückhaltenden Beitrag zur Resilienz unseres Gemeinwesens leistet. Dies ermöglicht es, dass die demokratischen Prozesse, die unter hohem Problemdruck und angesichts von unvorhersehbaren Ereignissen notwendigerweise bisweilen nur unvollständige Lösungen präsentieren können, nicht durch Krisen kollabieren und beseitigt werden, sondern resilient sind, damit unsere Gesellschaft auch so schwerwiegende Krisen freiheitlich meistern kann.

- 1 Kramp-Karrenbauer, Annegret (2020): *Statement*, Pressekonferenz vom 19. März 2020.
- 2 Kramp-Karrenbauer, Annegret (2020): *Statement*, Pressekonferenz vom 19. März 2020.
- 3 Vgl. Diamond, Jared (2005): *Kollaps: Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*. 4. Auflage. Frankfurt a. M.
- 4 Vogt, Markus/Schneider, Martin (2017): „Selbsterhaltung, Kontrolle, Lernen. Zu den normativen Dimensionen von Resilienz“. In: Karidi, Maria u. a. (Hg.): *Resilienz. Interdisziplinäre Perspektiven zu Wandel und Transformation*, Wiesbaden, S. 103–123.
- 5 Vgl. dazu Vogt, Markus (2014): „Handeln unter der unsicheren Bedingung“. In: Neuner, Peter (Hg.): *Zufall als Quelle von Unsicherheit*. Freiburg i. Br./München, S. 229–232.
- 6 Endreß, Martin und Rampp, Benjamin (2015): *Resilienz als Perspektive auf gesellschaftliche Prozesse. Auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie*. In: Endreß, Martin und Maurer, Andrea (Hg.): *Resilienz im Sozialen*. Wiesbaden, S. 33–55.
- 7 Vgl. dazu Sloterdijk, Peter (2009): *Du mußt dein Leben ändern. Über Anthropotechnik*. Frankfurt a. M., S. 709–714.
- 8 Horx, Matthias (2011): *Das Megatrendprinzip. Wie die Welt von morgen entsteht*. München, S. 306.
- 9 Taleb, Nassim (2013): *Antifragilität. Anleitung für eine Welt, die wir nicht verstehen*. 3. Auflage. München.
- 10 Beispielsweise: Möhle, Holger (2020): „Einsatz ohne Beispiel, Kommentar zur Bundeswehr als Helfer in der Viruskrise“. In: *Westfalenblatt*, 20.3.2020, <https://www.westfalen-blatt.de/Ueberregional/Meinung/4173846-Kommentar-zur-Bundeswehr-als-Helfer-in-der-Viruskrise-Einsatz-ohne-Beispiel> (Stand: 29.10.2020). In der Tendenz kritischer, aber den Einsatz gegen Antimilitarismus klar verteidigend: Müller-Neuhof, Jost: „Da kann die Verteidigungsministerin dem Linksdrall mal einen einschenken“. In: *Der Tagesspiegel*, 02.10.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/widerstand-gegen-bundeswehr-im-corona-einsatz-da-kann-die-verteidigungsministerin-dem-linksdrall-mal-einen-einschenken/26235826.html> (Stand: 29.10.2020).
- 11 Lübbe, Hermann (1994): „Moralismus oder fingierte Handlungssubjektivität in komplexen historischen Prozessen“. In: Lübbe, Weyma (Hg.): *Kausalität und Zurechnung. Über Verantwortung in komplexen kulturellen Prozessen*. Berlin/New York, S. 289–301, S. 297. Er definiert Moralismus dabei als Versuch der Lösung drängender Zivilisationsprobleme über Appelle an das Kollektiv nicht organisierter beteiligter Individuen; vgl. ebd., S. 298.
- 12 Vgl. Lübbe, Hermann (1994): „Moralismus oder fingierte Handlungssubjektivität in komplexen historischen Prozessen“. In: Lübbe, Weyma (Hg.): *Kausalität und Zurechnung. Über Verantwortung in komplexen kulturellen Prozessen*. Berlin/New York, S. 293–297.
- 13 So analysiert Ulrich Beck die „Risikogesellschaft“ und ihre Globalisierung als „Weltrisikogesellschaft“ im Blick auf grundlegende Defizite von politischer Steuerbarkeit und der Illusion versprochener, aber nicht einlösbarer Verantwortung; vgl. Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.; Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt a. M.
- 14 BVerfG NVwZ 2012, 1239 (1244).
- 15 Im Einzelnen ist die Definition des Einsatzes umstritten: Zum Meinungsstand vgl. Epping, Volker (2020): „Art. 87a GG“. In: Epping, Volker und Hillgruber, Christian (Hg.): *Beck'scher Online-Kommentar zum Grundgesetz*. 44. Edition, Rn. 18.
- 16 BVerfGE 115, 118 (143).
- 17 Deutscher Bundestag (1967): Drucksache V/1879, S. 6.
- 18 Kersting, Wolfgang (2005): *Kritik der Gleichheit. Über die Grenzen der Gerechtigkeit und der Moral*. Weilerswist, S. 317; zur Risikomündigkeit den ganzen Abschnitt S. 317–320.
- 19 Kersting, Wolfgang (2005): *Kritik der Gleichheit. Über die Grenzen der Gerechtigkeit und der Moral*. Weilerswist, S. 318.

VULNERABILITÄT UND RESILIENZ IN ZEITEN DER CORONA-PANDEMIE EINE GEOPOLITISCHE BETRACHTUNG

Autor: Herfried Münkler

Vorbemerkung

Die Coronapandemie ist, von der Ausbreitung des Virus bis zu den unterschiedlichen Typen des Regierungshandelns, eine Herausforderung für Virologen und Epidemiologen, eine Fundgrube für Sozialwissenschaftler, die Gesellschaften im Ausnahmezustand beobachten, und nicht zuletzt eine Aufforderung an die Theoretiker der Geopolitik und des strategischen Handelns, ihre Modelle und Ratschläge im Lichte der jüngsten Erfahrungen einer sorgfältigen Revision zu unterziehen. Während die Epidemiologen unmittelbar gefordert waren und ihre Expertise „von heute auf morgen“ abgefragt wurde, konnten sich die Sozialwissenschaftler etwas mehr Zeit lassen, bis sie erste Studien vorlegten; dem geringsten Zeitdruck waren und sind bislang die Strategiedenker und Theoretiker der Geopolitik ausgesetzt, weswegen die Debatte über die sicherheitspolitischen Folgen der Pandemie in einer global vernetzten Welt erst in Ansätzen begonnen hat.¹ Das ist einerseits verständlich, weil eine substanzielle Evaluierung und – womöglich – Revision der bisherigen Annahmen schwer möglich ist, ohne dass man den weiteren Verlauf der Pandemie kennt, aber andererseits ist dieses Abwarten auch nicht ohne Risiko, weil grundlegende Veränderungen in den strategischen und geopolitischen Konstellationen bereits jetzt eingetreten sind und vermutlich derjenige aus ihnen die größten Vorteile hat, der sie als Erster begreift. Die nachfolgenden Überlegungen verstehen sich als eine vorläufige Bestandsaufnahme der Pandemiefolgen unter sicherheitspolitischen Aspekten mit Hinweisen zu einer perspektivischen Neuformatierung zentraler geopolitischer Annahmen.

Der Einbruch der Ungewissheit

Moderne Gesellschaften sind auf längerfristige Planungen angewiesen, um die Vorsorgeerwartungen ihrer Bürger erfüllen zu können. Dazu brauchen sie verlässliche Antizipationen der Zukunft, für die Heerscharen von Experten eingesetzt werden – von der Ökonomie über die

Abstract

Welchen Einfluss haben die Pandemie und die zu ihrer Eindämmung ergriffenen Maßnahmen auf die internationale Ordnung, die geopolitischen Strukturen und das strategische Denken? Um dem nachzugehen, wird die Frage nach der Vulnerabilität und Resilienz der Gesellschaften ins Zentrum gestellt. Die Vulnerabilität moderner Gesellschaften für Pandemie wird in deren Abhängigkeit von globalen Lieferketten und der an Gewissheiten orientierten Mentalität ihrer Bevölkerung identifiziert. Die mit dieser spezifischen Vulnerabilität korrespondierende Resilienz wird in einer Kombination von Autarkiefähigkeit, Ressourcen zur ökonomischen Revitalisierung geschrumpfter Ökonomien und gesellschaftlichem Zusammenhalt als Gegenkraft zu gewachsenen Zentrifugalkräften identifiziert. Diese Trias dürfte das Potenzial der (europäischen) Nationalstaaten überfordern und nur in einem wirtschaftlich verflochtenen und politisch integrierten „Großraum“ verfügbar sein. Daraus wird die These abgeleitet, dass die Pandemie den Trend zur Globalisierung abbremst und die Entstehung regionaler Ordnungen befördert.

Daneben werden aus der Fülle unterschiedlichen Regierungshandelns zur Eindämmung der Pandemie drei idealtypische Modelle herausgefiltert, die als prinzipielle strategische Alternativen angesehen werden können: das chinesisch-ostasiatische, das angloamerikanische und das westeuropäisch-deutsche Modell. Sie konkurrieren miteinander im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit und die Rolle, die sie für andere als Vor- und Leitbild spielen. Diese Konkurrenz, bei der es um die Begrenzung von Vulnerabilität und die Steigerung von Resilienz geht, dürfte die Entstehung regionaler Ordnungen mit eigenen Werten und Normen, Leitideen und Regeln befördern – dann jedenfalls, wenn die Pandemiedrohung keine Episode bleibt, sondern in der politischen Agenda zukünftig einen zentralen Platz einnimmt.

Demografie bis zu Ökologie und Meteorologie. Je frühzeitiger man weiß, was bleiben und was sich verändern wird, desto besser kann man sich darauf vorbereiten. Das gilt im Übrigen nicht nur für die Gesellschaften, sondern auch für die individuellen Lebensentwürfe. Durchgeplante Zukunftsvorstellungen sind indes kontingenzavers: Wo immer möglich, wird der Zufall mithilfe großer Datenmengen herausgerechnet. Selbst die apokalyptischen Gegenentwürfe gründen ihre Katastrophenszenarien auf Daten, in denen die Gegenwart in die Zukunft prolongiert wird. Kontingenz ist die Achillesferse moderner Gesellschaften. Demgemäß ist die erste und oberste Erwartung der Gesellschaft an die Wissenschaft, dass sie Ungewissheit reduziert und Kontingenz wegarbeitet.

Die Ausbreitung der Coronapandemie im späten Winter und Frühjahr 2020 war – unter anderem auch – ein Einbruch des Ungewissen in eine durchgeplante und durchgerechnete Welt. Das begann damit, dass sich das Virus nicht regional begrenzen ließ, also eine Epidemie im Großraum Wuhan blieb, sondern sich im globalen Norden ausbreitete, bevor es dann auch auf den globalen Süden übergriff; dass sich weiterhin nicht voraussagen ließ, wann welche Medikamente bereitstehen würden; und das setzt sich fort in der unbeantworteten Frage, wann wir wieder zu unseren alten Lebensgewohnheiten zurückkehren können bzw. ob das überhaupt möglich ist. Die Pandemie überzog tendenziell alles, was bis dahin als fest und sicher gegolten hatte, mit einem Gewebe der Ungewissheit. Das war und ist die tiefgreifendste Erschütterung der Gesellschaft: Mehr noch als die administrative hat sie deren mentale Ordnung durcheinandergebracht.

Im Rückblick auf die erste Hälfte des Jahres 2020 lassen sich im Wesentlichen drei Reaktionsmuster unterscheiden: das einer dringlichen Nachfrage bei „der“ Wissenschaft; das des Kriegsnarrativs zur Herstellung von Analogien und schließlich das der Verschwörungstheorien in ihrer unterschiedlichen Ausformung. Sie alle folgen dem Imperativ, das Ungewisse zurückzudrängen oder zu eliminieren. Der Schock der Ungewissheit führte zu Erwartungen an „die“ Wissenschaft, die auf einem grundsätzlichen Missverständnis beruhten: Es wurden

definitive Antworten erwartet, also „Wahrheiten“, aber was Naturwissenschaft und Medizin bieten konnte, waren Zwischenergebnisse eines laufenden Forschungsprozesses. Dass dabei die Forscher ein und desselben Gebiets zu unterschiedlichen Ergebnissen und Schlussfolgerungen gelangten, ist normaler Wissenschaftsbetrieb, wurde aber unter dem Druck von Gewissheitserwartungen als Kommunikationswirrwarr wahrgenommen, in dessen Folge sich Stimmen mehrten, die den Experten Unwissenheit bescheinigten. Daraus wurde dann geschlussfolgert, man müsse ihren Empfehlungen auch nicht Folge leisten. Wieder andere

Mehr noch als die administrative Ordnung der Gesellschaft hat die Pandemie deren mentale Ordnung durcheinandergebracht

befürchteten die Heraufkunft einer Herrschaft der Experten, von der die Demokratie und die Verfassung außer Kraft gesetzt würden. „Die“ Wissenschaft jedenfalls konnte keine Rückkehr zur vertrauten Gewissheitskultur bieten.

Eine ähnliche Funktion hatte die Kriegsrhetorik, die in den ersten Wochen der Pandemieerfahrung häufig zu hören war. Tatsächlich treten Krieg und Seuche häufig gemeinsam auf – unter anderem im eindrucksvollen Bild der vier apokalyptischen Reiter, in dem Krieg, Pestilenz, Teuerung und Tod gemeinsam über die Menschheit kommen. In der längsten Zeit der Geschichte hatten Kriege sich seuchenförmig ausbreitende Krankheiten im Gefolge, sei es im Belagerungskrieg, sei es aufgrund der mangelhaften hygienischen Verhältnisse bei Truppen und Tross oder auch, weil Krankheitserreger gezielt gegen den Feind eingesetzt wurden. Aber Krieg war etwas, das begonnen und auch wieder beendet wurde, und mit dem Ende des Krieges ebten zumeist auch die Seuchen wieder ab. Die Erzählmuster von Krieg und Seuche sind einander ähnlich, und die Vorstellung einer Bedrohung von außen, die abgewehrt werden müsse, beruht auf dieser Ähnlichkeit. Selbst wenn man Distanz zur Kriegsrhetorik wahr, lässt sich doch kaum vermeiden, dass

von Abwehrlinien, Verteidigung, Einbruchstellen und Ähnlichem die Rede ist. Damit verbindet sich die Vorstellung von der Besiegbarkeit des äußeren Feindes, und das ist eine Insel der Gewissheit in einem Meer des Ungewissen. – Aber dann stellte sich heraus, dass die Attitüde des Heroischen gegen das Virus wenig half und die Attitüde von Tapferkeit eher zur Infektion als zu dessen Abwehr führte. Die Weigerung, eine Maske zu tragen, ist ein symbolisches Überbleibsel der heroischen Attitüde.

In beiden Reaktionsmustern, den überzogenen Erwartungen an die Wissenschaft wie der kriegsanalogen Semantik, zeigt sich die Vulnerabilität der modernen Gesellschaften gegenüber Ungewissheit und Kontingenz. Aber die Wissenschaft reklamierte für sich längere Zeitstrecken, bevor sie neue Gewissheiten schaffen könne, und die Narrative des Krieges führten in die Irre. Das wurde zur Chance der Pandemie-leugner und Verschwörungsgläubigen. Beide, Pandemieleugner wie Verschwörungsgläubige,

Sowohl in den überzogenen Erwartungen an die Wissenschaft als auch in der kriegsanalogen Semantik zeigt sich die Vulnerabilität der modernen Gesellschaften gegenüber Ungewissheit und Kontingenz

nutzen die Verwundbarkeit moderner Gesellschaften durch das Ungewisse, und sie sind dabei umso erfolgreicher, je entschiedener sie ihre Erklärungen vortragen: dass alles nur eine Erfindung machtgeriger Eliten sei, mit welcher diese ihre sinistren Absichten durchsetzen, oder dass es die Pandemie zwar gebe, sie aber das Werk von Geheimdiensten oder bösen Einzelnen sei, sodass man sehr genau wissen könne, wer und was dahinterstecke – wenn man es denn nur wissen wolle.

In der Regel jedoch werden Katastrophen durch Vergleichültigung entschärft, und die Einstellung mürrischer Indifferenz ist einer der wichtigsten Selbstbehauptungsmechanismen moderner Gesellschaften. Auf die sich jagenden Alarmmeldungen reagieren viele mit Achselzucken. Die kurze Phase der Aufregung wird durch Zeiten einer Mischung aus ironischer Dis-

tanz und gelangweiltem Wegschauen kompensiert. Das ist die bevorzugte Form von Resilienz, mit der postheroische Gesellschaften² ihre fortbestehende Vulnerabilität bearbeiten. Die ironische Distanznahme hat auch im Umgang mit Covid-19 geholfen; gelangweiltes Wegschauen indes jedoch war nicht möglich – schon deswegen, weil der sorgfältige Umgang mit Maske und Desinfektionsmitteln sowie das geforderte Abstandhalten ständige Aufmerksamkeit verlangt. Vermutlich ist auch deswegen die Maske zum Symbol für die Einstellung zur Pandemie und den Maßnahmen ihrer Eindämmung geworden.

Globale Lieferketten und gesellschaftliche Fliehkräfte

Die Pandemie hat die globalen Lieferketten zu einem Element der Vulnerabilität von Wirtschaftsräumen werden lassen. In Deutschland etwa standen schon lange vor den Grenzschließungen zahlreiche Fabriken still, weil einige der weltweiten Zulieferer die Produktion eingestellt hatten. Dabei hatte gerade die globale Wirtschaftsverflechtung als ein probates Mittel gegen Lieferengpässe und Produktionsausfälle gegolten, da man weltweit nach Alternativen Ausschau halten und eine logistische Umstellung schnell vornehmen konnte. Im Vertrauen darauf hatte man die Lagerhaltung beschränkt und auf Zulieferung *just in time* gesetzt, mit gewaltigen Kosteneinsparungen. Lagerhaltung ist einer der Posten, an dem sich erheblich einsparen lässt. Die Lage verschärfte sich, als Masken und Beatmungsgeräte knapp wurden und die Staaten um knappe Ressourcen konkurrierten. Mitunter herrschte eine geradezu hysterische Bevorratungspolitik, vom Haushalt bis zum Nationalstaat. Das Vertrauen auf die jederzeitige Verfügbarkeit des Benötigten hatte zu einer neuen Verwundbarkeit geführt. Von den Unternehmensführungen bis zur Staatsadministration wird künftig auf eine stärkere Bevorratung strategischer Ressourcen und Güter geachtet werden, um eine zumindest mittelfristige Durchhaltefähigkeit von Wirtschaftsunternehmen und politischem Gesamtverband sicherzustellen.

Aber auf welcher Ebene soll die politisch-wirtschaftliche Größe, um deren Resilienz es geht, angesiedelt werden? Auf der des Nationalstaats, wie das in Europa auf dem Höhepunkt der Krise unter Rückgriff auf historisches Wissen der Fall war, oder doch eher auf EU-Ebene, dem Euro- oder dem Schengenraum? Die Kostenfrage spricht in jedem Fall für den EU-Raum, bei dem eine entsprechende Bevorratungspolitik breiter und umfassender angelegt werden kann als auf nationalstaatlicher Ebene. Außerdem können hier im Rahmen der Coronapandemie ausgemachte Defizite in Forschung wie Produktion durch die Bündelung von Fähigkeiten schneller und effektiver ausgeglichen werden als von den Nationalstaaten. Das Problem dabei ist freilich die offene Frage, wer dann die Entscheidungen trifft und ob in Europa genügend Vertrauen vorhanden ist, um das Aufkommen populistischer Ressentiments zu vermeiden. Derlei Ressentiments stellen sich bekanntlich schnell ein, wenn sich in der Öffentlichkeit eines EU-Staates die Vorstellung verbreitet, man werde notorisch benachteiligt. Eine klare Entscheidungskompetenz ohne langwierige Verhandlungen mit mühsamen Kompromissen ist hier ebenso unabdingbar wie allgemein nachvollziehbare Leitlinien beim Treffen solcher Entscheidungen. Das ist die Vulnerabilität Europas, die beim Nationalstaat Zuflucht suchen lässt.

In der Summe spricht mehr dafür als dagegen, den Resilienzraum auf der europäischen Ebene zu entwickeln: Zum einen mit Blick auf die grenzüberschreitende Wirtschaftsverflechtung des Schengenraums, der bei einem national organisierten Regime durchtrennt würde – ein Problem, das sich im Frühjahr 2020 ausgesprochen ungünstig auf die europäische Wirtschaft ausgewirkt hat –, aber auch im Hinblick auf die Durchhaltefähigkeit dieses Raumes bei einer längeren Abschottung vom globalen Personen- und Güterverkehr sowie dessen Selbstbehauptungs- bzw. Durchsetzungsfähigkeit gegenüber konkurrierenden Resilienzräumen. Die europäischen Nationalstaaten, auch die großen, haben, auf sich allein gestellt, eine gegenüber den USA und China deutlich eingeschränkte Konkurrenz-

fähigkeit, während die EU ein global ernst zu nehmender Player sein kann.

Resilienz läuft in diesem Fall darauf hinaus, einen Cordon sanitaire um den betreffenden Raum zu legen und ihn damit gegen den globalen Verkehr abzuschotten, ausgehend von der Annahme, dass Einschränkungen des Güter- und Personenverkehrs auch die Ausbreitung des Virus einschränken, zumindest verlangsamen, um Zeit für das Hochfahren der eigenen Vorsorgemaßnahmen zu gewinnen.³ Es ist damit zu rechnen, dass andere weltwirtschaftlich relevante Akteure ähnliche

Die bislang mit einem globalisierten Wirtschaftsraum verbundene Resilienz-erwartung dürfte sich auf wirtschaftlich verflochtene Großräume verlagern

Maßnahmen treffen werden, sodass der globale Wirtschaftsaustausch ohnehin zum Erliegen kommt. In diesem Sinn ist Resilienz als *tendenzielle Autarkiefähigkeit* zu verstehen. Da die Pandemie als sicherheitspolitische Herausforderung nach den Erfahrungen mit Covid-19 auf der Agenda ganz oben stehen wird, dürften die Vorbereitungen zum „Umschalten“ auf solche Resilienzräume so weitgehend sein, dass sich unterhalb der globalen Ökonomie die Strukturen tendenziell abschottungsfähiger wirtschaftlicher Großräume⁴ herausbilden werden. Die bislang mit einem globalisierten Wirtschaftsraum verbundene Resilienz-erwartung dürfte sich auf wirtschaftlich verflochtene Großräume verlagern.

Zur Resilienz gehört aber nicht nur die tendenzielle Autarkiefähigkeit der Räume, sondern auch die Fähigkeit, *das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen* und die sozialen Folgen eines zeitweiligen Lockdowns zu begrenzen. Auch das dürfte auf europäischer Ebene sehr viel leichter fallen als auf der von Nationalstaaten. Dass viele von ihnen mit den Folgen eines staatlich verhängten Lockdowns (zeitlich eher eng begrenzt), vor allem aber des veränderten Wirtschafts- und Sozialverhaltens der Menschen (von langer Dauer) überfordert sind, ist allenthalben erkennbar. Je besser

die erwähnten Großräume wirtschaftlich und politisch integriert sind, desto resilienter sind sie im Umgang mit den sozialen Folgen von Pandemien.

Verallgemeinernd wird man sagen können, dass Pandemien, die Wirtschaftsbranchen und sozialen Gruppen unterschiedlich treffen, die Zentrifugalkräfte einer Gesellschaft vergrößern. Daran ändern auch Appelle an den gesellschaftlichen Zusammenhalt nichts, die zwar

Resilienz im Umgang mit Pandemien heißt auch, den durch eine Pandemie freigesetzten Fliehkräften die Kraft des Zentripetalen entgegenzustellen

spontane Solidarität zu mobilisieren vermögen, aber kaum geeignet sind, einen tiefgreifenden Strukturwandel der Wirtschaft zu begleiten. Resilienz im Umgang mit Pandemien heißt also auch, den durch eine Pandemie freigesetzten Fliehkräften *die Kraft des Zentripetalen* entgegenzustellen. Diese Dimension von Resilienz wird die Europäer wohl am längsten und intensivsten beschäftigen. Sie wird darüber hinaus das globale Nord-Süd-Gefälle verstärken und manchen Entwicklungsschritt der letzten Jahre zunichtemachen. Das hat unmittelbar sicherheitspolitische Folgen, insofern der Zerfall von Gesellschaften des globalen Südens den Migrationsdruck in Richtung globalem Norden wieder erhöhen dürfte.

Verschiebungen der politischen Aufmerksamkeit

Wie die meisten Krisen hat auch die Coronapandemie paradoxe Effekte: Eine strategisch wohlbedachte Reaktion auf die mit ihr verbundenen Herausforderungen läuft, wie gezeigt, auf eine verstärkte Kooperation in „Großräumen“ hinaus, um Effektivität und finanzielle Tragbarkeit der Gegenmaßnahmen sicherzustellen. Gleichzeitig hat sich aber auf der Ebene der politischen Mentalitäten ein Rückzug in nationale Egoismen entwickelt, der kleinräumiges Denken und Handeln befördert. Hinzu kommt, dass die Langfristigkeit politischen Planens

unter dem Eindruck der Pandemie zunehmend ins Kurzfristige gewendet wurde. Die Lücke zwischen rationalem Handeln und emotional unterfütterter Mentalität hat sich dadurch vergrößert. Die unterschiedlichen Infektionsverläufe in den Ländern, die differenten Gegenmaßnahmen und schließlich die zeitweilige Konkurrenz um knapp gewordene Masken, Beatmungsgeräte und Medikamente haben der Orientierung am Nationalstaat Auftrieb verschafft und die EU als schwachen Akteur in Erscheinung treten lassen. Das hat die EU geschwächt und damit, sollten die oben angestellten Überlegungen zutreffen, letzten Endes die Vulnerabilität der Mitgliedstaaten erhöht. Die Bearbeitung dieses Bündels von Paradoxien ist der Ausgangspunkt eines neuen strategischen Denkens in Europa.

Die Verschiebung des Aufmerksamkeitsfokus von äußeren Herausforderungen und im engeren Sinn sicherheitspolitischen Fragen hin zur Sicherheit gegen die Infektion und zur Bevorratung von Masken und Medikamenten ist von einigen Staatsführungen dazu genutzt worden, ihre machtpolitischen wie wirtschaftlichen Interessen durch den Bruch internationaler Regeln und aggressives Auftreten zur Geltung zu bringen. So sind im Verlauf der Pandemie neue Krisenherde entstanden, die ein hohes Risiko militärischer Konfrontation enthalten, während gleichzeitig die Bearbeitung alter Krisenherde durch die internationale Gemeinschaft liegen geblieben ist. Sofern sie machtpolitisch genutzt werden, erhöhen Pandemien die Vulnerabilität der internationalen Ordnung, da die Durchsetzung der Regeln auf der Agenda der relevanten politischen Akteure ins Hintertreffen gerät. Weil die „Hüter der Ordnung“⁴⁵ andere Sorgen haben, müssen sich die Saboteure dieser Ordnung wenig Sorgen machen, dass ihnen jemand in den Arm fällt.

Konfligierende Großräume anstelle regelbasierter Globalität

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und dem Ende der bipolaren Weltordnung entstand in den 1990er-Jahren die Vorstellung einer Weltordnung, die durch globale Kooperation gekennzeichnet sein sollte, in der Nullsummenspiele durch Win-win-Konstellationen

tionen abgelöst wurden, in der das Wirtschaftliche eine gewichtigere Rolle spielen sollte als das Militärische, in der internationale Zusammenarbeit durch multilaterale Regelbindung gekennzeichnet war und auch die inneren Verhältnisse der Staaten einer gewissen Normgeltung unterworfen sein sollten. Der Krieg als Modus der Konfliktaustragung, so die Idee, sollte endgültig verschwinden, und an seine Stelle sollten Polizeiaktionen zur Durchsetzung der elementaren Menschenrechte treten. Das alles würde nicht mit einem einzigen großen Vertrag zu realisieren sein, aber man würde sich diesem Ziel schrittweise annähern – und dabei sah man sich für lange Zeit auf gutem Wege.

Der Glaube daran, dass dieser Weg der einzig sinnvolle sei, war so groß, dass man sich über die Voraussetzungen seines Beschreitens keine weiteren Gedanken machte, sondern damit beschäftigt war, immer neue und weitergehende Ziele mit ihm zu verbinden: Ächtung von Atomwaffen, Beendigung jeder Art von Diskriminierung, Umweltschutz und Erhaltung der Artenvielfalt, Klimaschutz und Begrenzung der Erderwärmung. Vorangetrieben wurde das von Nichtregierungsorganisationen, die sich als globale Gemeinwohlunternehmern verstanden. Dabei wurde übersehen, dass für die globale Geltung einer solchen Ordnung *alle* größeren Akteure auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten und der Weltgemeinschaft Einblick in ihre Fähigkeiten und ihre innere Politik gewähren mussten. Russland und China beharrten jedoch auf ihrer Souveränität und der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“, und auch im Fall der USA war vollkommen unklar, in welchem Maße sie der Weltgemeinschaft Einfluss auf ihr Handeln zugestehen würden. Bei den USA ging es zusätzlich um eine verlässliche Antwort auf die Frage, ob sie bereit und in der Lage seien, die Rolle eines „Hüters“ dieser Ordnung zu spielen. Die Hüterrolle läuft auf ein *investment in common goods* hinaus, auf Investitionen also, die tendenziell allen zugutekommen. Damit ist nicht nur das Problem der notorischen Trittbrettfahrer verbunden, sondern auch die Bereitschaft einer deutlichen Mehrheit der US-Bürger, sich für das globale Gemeinwohl zu engagieren und dabei das nationale Eigeninteresse hintanzustellen. Donald

Trumps Parole *America first* war eine definitive Absage an dieses Projekt.

Für viele Beobachter war bereits vor Beginn der Pandemie klar, dass das Projekt einer normgestützten und regelgebundenen Globalordnung gescheitert war. Daran konnte auch ein verstärktes Eintreten der Europäer für diese Ordnung nichts ändern; um die Rolle der USA zu übernehmen, waren sie zu schwach und untereinander zu sehr zerstritten. Der Verlauf der Pandemie hat dann deutlich gemacht, dass längst ein System verselbstständigter Großräume entstanden ist, die nicht nur eigene Interessen verfolgen, sondern auch eigene Werte und Normen für sich reklamieren. Dabei zeigte sich auch, dass es den alten „Westen“ nicht mehr gab, sondern sich Europa und die USA zunehmend auseinanderentwickelt hatten.

Betrachtet man die diversen Formen des Regierungshandelns zur Eindämmung der Pan-

Für viele Beobachter war bereits vor Beginn der Pandemie klar, dass das Projekt einer normgestützten und regelgebundenen Globalordnung gescheitert war

demie, so zeigen sich in ihnen Traditionslinien, die belegen, dass das politische Handeln nicht allein an der jeweiligen Regierung hing, sondern sich starke Verbindungen zur politischen Kultur des betreffenden Landes ausmachen lassen. Idealtypisch sind drei Modelle des Regierungshandelns zu unterscheiden.

Da ist zunächst ein Regierungshandeln, bei dem die Staatsmacht mit grenzenlosen Kompetenzen ausgestattet ist und es keine Überprüfung ihrer Anordnungen durch unabhängige Gerichte sowie keinen zivilgesellschaftlichen Widerspruch gibt. Um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, kann die Regierung ganze Großstädte unter Quarantäne stellen, aber sie ist auch in der Lage, die in ihren Wohnungen festgesetzte Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Die Kontrolle über die Wirtschaft und ein straff organisierter Staatsapparat verschaffen ihr die Möglichkeit dazu. Ratschlägen der Wissenschaft nicht abgeneigt, behandelt sie die-

se aber als Arkanwissen, das heißt, sie lässt widersprechende Expertisen nicht in der Öffentlichkeit zirkulieren und unterbindet auch jede gesellschaftliche Debatte darüber. Dieses Regierungshandeln ist paternalistisch und legitimiert sich über seine Ergebnisse, die häufig geschönt dargestellt werden. Nennen wir dies das *chinesisch-ostasiatische Modell*. Es profitiert von einer traditionell disziplinierten Bevölkerung. Die spezifische Vulnerabilität dieses Modells liegt in seiner Outputlegitimation: Wenn die Erfolge ausbleiben bzw. sich Zweifel mehren, dass die offiziellen Erfolgsmeldungen nicht der tatsächlichen Lage ent-

Die drei Typen von Regierungshandeln werden vom „Rest der Welt“ im Hinblick auf ihre Anschlussfähigkeit evaluiert, und diese Evaluation könnte zu einem großen Um- und Neuverteiler von „soft power“ werden

sprechen, kann das Vertrauen der Menschen in die Regierung schnell schwinden. Die Omnikompetenz des Paternalismus wird dann zur Achillesferse. Unkonditioniertes Vertrauen schlägt in generelles Misstrauen um.

Dem steht ein Typus von Regierungshandeln gegenüber, der allumfassendes Wissen und Können simuliert, sich tatsächlich aber auf das Auftreten und die Attitüde des Präsidenten bzw. Regierungschefs (die weibliche Form ist mitzudenken, empirisch aber nicht aktuell) beschränkt. Die sonst außer Gebrauch gekommene Kriegssemantik spielt hier eine zentrale Rolle. Das Problem dieses Modells

ist, dass die Regierung weder die Kompetenzen noch die Fähigkeiten besitzt, die für ein paternalistisches Modell erforderlich sind, so dass die Selbstinszenierung des Präsidenten und die tatsächlichen Maßnahmen zur Versorgung Infizierter und zur Bekämpfung des Virus auseinanderklaffen. Öffentlich sichtbar wird, wie der Mann an der Spitze die wissenschaftliche Expertise beiseiteschiebt und den Kampf gegen das Virus zu einer Frage von Mut und Entschlossenheit macht. Im einen Fall kommt dabei ein Zickzackkurs heraus (Boris Johnson), im anderen eine Selbstinszenierung nach dem Narrativ des Westerns, in dem es der Held allein mit zahlreichen Schurken aufnimmt und am Schluss doch über seine Widersacher triumphiert. Nennen wir dies das *angloamerikanische Modell*. Es ist infolge seiner insgesamt schlechten Ergebnisse hochgradig vulnerabel, weil es Vertrauen nur bei denen generiert, die uneingeschränkt den Narrativen folgen, nicht aber bei denen, die auf die Ergebnisse schauen.

Und dann gibt es noch ein Regierungshandeln, das tastend und vorsichtig ist und sich je nach Infektionslage und Forschungsstand als reversibel versteht. In der Ausgangslage verfügt die Regierung jedoch nur über begrenzte Kompetenzen und Fähigkeiten, kann diese freilich ausweiten, wobei sie immer mit dem Einspruch von Gerichten und Widerstand aus Teilen der Zivilgesellschaft rechnen muss. Sie muss ihre Entscheidungen also gerichtsfest begründen und zugleich permanent um Unterstützung durch die Bevölkerung werben. Sie stützt sich dabei auch auf wissenschaftliche Expertise, die jedoch der Öffentlichkeit nicht als Arkanwissen vorenthalten wird, sondern dort zirkuliert und diskutiert wird. Unterschiedliche Lagebeurteilungen der Experten kommen dabei ebenso zur Sprache wie die teilweise gegensätzlichen Handlungsempfehlungen, etwa von Virologen, Ökonomen und Psychologen. Eine hohe Transparenz im Hinblick auf das Infektionsgeschehen wie die Folgen der zu seiner Eindämmung getroffenen Maßnahmen erlaubt eine ständige Beurteilung der Erfolge wie Misserfolge. Diese sind indes nicht allein vom Regierungshandeln abhängig, sondern dem Verhalten der

Der Autor



Herfried Münkler, geboren 1951, ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Viele seiner Bücher gelten als Standardwerke, etwa „Die Deutschen und ihre Mythen“ (2009, Preis der Leipziger Buchmesse) sowie „Der große Krieg“ (2013), „Die neuen Deutschen“ (2016) und „Der Dreißigjährige Krieg“ (2017), die alle monatelang auf der Bestsellerliste standen. Herfried Münkler wurde vielfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Wissenschaftspreis der Aby-Warburg-Stiftung und dem Carl Friedrich von Siemens Fellowship.

Bevölkerung kommt eine ausschlaggebende Rolle zu. Insofern kann von einer geteilten Verantwortung gesprochen werden. Nennen wir dies das *europäisch-deutsche Modell*; es wird in Westeuropa überwiegend praktiziert und ist in Deutschland am deutlichsten ausgeprägt. Seine Verwundbarkeiten sind zugleich seine Stärken: die offen kommunizierte Reversibilität der Maßnahmen, die starke Einbeziehung der Zivilgesellschaft und die öffentliche Debatte über die wissenschaftliche Expertise. Das Vertrauen ins Regierungshandeln muss hier ständig neu erworben werden. Es ist das einzige Modell, das sich um den Aufbau von Kontingenztoleranz bemüht, und insofern ist es an der Stärkung von Resilienz orientiert.

Jedes dieser drei Modelle hat seine eigenen sicherheitspolitischen Effekte, die in Verbindung mit den jeweiligen Resilienzen zu einem Identitätsmarker von Großraumordnungen werden können. Der Prozess politisch-kultureller Segmentierung der Weltordnung wird dadurch weiter befördert, wenn auch nicht mit der religiösen Grundierung, wie von Samuel Huntington angenommen⁶, und im Unterschied zu dessen Modell auch nicht als global umfassende Struktur, sondern als Vorbildmodell: Die drei Typen von Regierungshandeln werden vom „Rest der Welt“ im Hinblick auf ihre Anschlussfähigkeit evaluiert, und diese Evaluation könnte zu einem großen Um- und Neuverteiler von *soft power* werden: Das angloamerikanische Modell ist am leichtesten zu kopieren und insofern vor allem für populistisch ausgelegte politische Kulturen attraktiv, kann aber infolge seiner geringen Resilienz zum Verlierer der Evaluation werden. Das europäisch-deutsche und das chinesisch-ostasiatische Modell sind sehr viel schwerer zu kopieren, weil sie auf Voraussetzungen beruhen, die zumeist nicht vorhanden sind. Sie haben also eher perspektivische Relevanz; der Wettstreit zwischen diesen beiden Modellen könnte für die Gewichts- und Einflussverteilung in einer neu entstehenden Weltordnung ausschlaggebend werden. Deswegen ist der Umgang mit der Pandemie von weit mehr als nur innerer Bedeutung; er kann zum Beschleuniger bei der Herausbildung einer neuen Weltordnung werden.

1 Dazu jetzt die Beiträge von Osterhammel, Hofman, Rüländ und al-Bagdadi in Kortmann, Bernd und Schulze, Günther G. (Hg.) (2020): *Jenseits von Corona*. Bielefeld, S. 255–293.

2 Zum Konzept der postheroischen Gesellschaft vgl. Münkler, Herfried (2015): *Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*. Berlin, S. 169–187.

3 Zum diesbezüglichen Wissen vgl. Harrison, Mark (2012): *Contagion. How Commerce Has Spread Disease*. New Haven; Zur Entstehung staatlichen Gegenhandelns Baldwin, Peter (1999): *Contagion and the State in Europe, 1830-1930*. Cambridge.

4 Der Begriff des Großraums geht auf Carl Schmitt zurück, was gewisse Reserviertheiten bei seiner Nutzung verständlich macht. Er ist jedoch gut geeignet, um die beschriebenen Entwicklungen begrifflich zu fassen.

5 Zum Konzept eines „Hüters der Ordnung“, das umfassender ist als das des „Weltpolizisten“, da es neben Sanktionen auch Gratifikationen umfasst, vgl. Münkler, Herfried und Borgolte, Michael (2019): *Ordnung – Ein politisch unkämpfter Begriff*. Berlin, S. 11 f.

6 Huntington, Samuel (1996): *Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München, Wien, S. 246 ff.

DER KAMPF GEGEN COVID-19, DIE STRATEGISCHE IGNORANZ UND DAS MONOPOL AUF „WISSENSCHAFT“ UND „WAHRHEIT“

Autorin: Anna Rößing

„Wir folgen dem Rat der Wissenschaft“ – diese Aussage ist inzwischen überall zu hören. Der ständige Verweis auf die Wissenschaft im Umgang mit dem Coronavirus zeigt sich als wichtiger Bestandteil der öffentlichen Verlautbarungen der britischen Regierung. Mit der Einführung der zuweilen täglichen Briefings zu Covid-19 durch das Büro des Premierministers wurden auch die Stimmen der Wissenschaftler zum alltäglichen Ritual. Die vereinte Expertise der leitenden wissenschaftlichen und medizinischen Berater der britischen Regierung, Patrick Vallance und Chris Witty, lenkt die Politik durch die Pandemie – so zumindest das vorherrschende Narrativ.

Ein ähnliches Szenario hat sich in Deutschland entwickelt. Wissenschaftler sind zu den Lieblingen des politischen Establishments geworden. Als vertrauenswürdige Berater navigieren sie die Bundes- und Landesregierungen durch die Krise. Durch ihre Omnipresenz in politischen Talkshows, ihre regelmäßige Konsultation in den Tageszeitungen und Radioshows und als Produzenten prominenter Podcasts haben wissenschaftliche Einschätzungen und Kommentare maßgeblich die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Pandemie geprägt. Zudem sind sie als Forschende potent an der Wissensproduktion über das Virus sowie mögliche präventive und protektive Maßnahmen beteiligt. In Anerkennung dieser zentralen Rolle in der Reaktion auf die Pandemie wurden Wissenschaftlern wie dem Virologen Christian Drosten zudem eine Reihe an Auszeichnungen verliehen, unter anderem das Bundesverdienstkreuz.

Doch trotz der propagierten zentralen Rolle, die der Wissenschaft im Kampf des Vereinigten Königreichs gegen die Pandemie zuteilwird, muss die britische Regierung einem vermeintlichen Paradox entgegensehen, dass das Land die Liste der europäischen Länder mit den höchsten Covid-19-Todesfällen anführt. Die Pandemie hat insbesondere die einkommensschwache und schwarze Bevölkerung unverhältnismäßig stärker getroffen.¹ Dieses Versagen scheint fast sonderbar, wird doch in den Grundlagen der britischen Agenda für globale Gesundheit² insbesondere gegenüber Län-

Abstract

Sowohl die Regierungen Großbritanniens und Deutschlands behaupten, in ihrer Reaktion auf die Corona-Maßnahmen der Wissenschaft zu folgen. Doch welche wissenschaftlichen Erkenntnisse welcher Disziplinen und welcher Personen finden Berücksichtigung, welche nicht? Dies bleibt eine genuin politische Entscheidung. Darüber hinaus bedingt die Vorstellung dessen, was das richtige Wissen ist, auch die Vorstellung, welche Formen des Regierungshandelns angemessen sind und welche nicht. Insofern dient die Rede von der Orientierung an der Wissenschaft der Verschleierung von Verantwortung, der Aushebelung demokratischer Kontrolle und sogar einem missbräuchlichen Einsatz von Wissen in einem mit Kriegsvokabular aufgeladenen Diskurs. Außerdem wird Dissens als konstitutives Merkmal demokratischer Gesellschaften häufig missachtet und das Diskussionsspektrum unzulässigerweise auf nur eine „vernünftige“ Alternative verengt. Das verstetigt zugleich elitäre, rassistische und sexistische Strukturen. Insbesondere die Rede vom unvermeidbaren Krieg konstruiert einen Zusammenhang, in dem die, die ihn führen, von ihrer Verantwortung entbunden werden. Die Wahrnehmung des Virus als „Feind“ fügt sich zugleich in die zunehmende Tendenz, Gesundheitsfragen als Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit zu interpretieren. Die Coronapandemie zeigt, wie die liberale Demokratie Schritt für Schritt durch einen entpolitisierten Ausnahmezustand ersetzt wird. Diesem deterministischen Verständnis muss eine repolitisierende Sicht entgegengehalten werden: Der Ausnahmezustand wird erst durch sich auf ihn berufenden politischen Maßnahmen geschaffen.

den des „globalen Südens“ die Verflechtung von Gesundheit mit den sozioökonomischen Bedingungen wie Armut, aber auch durch strukturellen Rassismus fortgeschriebenen Ungerechtigkeiten hervorgehoben. In der domestischen Strategie und Mobilisierung gegen die Pandemie, in den wissenschaftlich beratenden Gremien und in der Berichterstattung über das Coronavirus scheint diese Erkenntnis jedoch auffallend unterrepräsentiert. Eigenartigerweise scheint die britische Regierung, die sich in ihren Begründungen zu getroffenen und unterlassenen Maßnahmen auf die wissenschaftliche Kompetenz beruft, zudem auf überschaubare Kritik darüber zu treffen. Eine Aufarbeitung der Umstände und Entscheidungen, die in der ersten Welle zu unverhältnismäßiger Verteilung von Neuinfektionen und Todesfällen entlang ethnischer und sozioökonomischer Linien führte, findet nicht statt.

Und auch wenn Deutschland weithin als positives Beispiel für eine gute Regierungsführung und wirksame Reaktion auf die Pandemie anerkannt ist, zeigen die erheblichen regionalen Unterschiede bei den Fallzahlen dennoch auch hier, wie komplex die Umsetzung des wissenschaftlichen Rats in politische Maßnahmen ist.

Der genauere Blick enthüllt zudem die Politik von Expertise als solche: Hier zeigt der Fall der Pandemie nicht nur deutlich, dass es letztlich eine politische Entscheidung bleibt, welcher Expertenmeinung und wissenschaftlichen Position gefolgt wird. Während diese Entscheidung oft als eine rein meritokratische dargestellt wird, offenbart der kritische Blick, dass die Entscheidung, wer in den Stand des Experten/der Expertin gehoben wird, nicht frei von sexistischen und rassistischen Motiven ist. Die Rhetorik des Krieges und des Ausnahmezustands, welche das politische Handeln – den Kampf gegen das Coronavirus – zudem begleitet, hat dabei bestehende Ungleichheiten weiter verstärkt und wirkungsvoll die Politik um die Wahrheit zugespitzt.

Der vorliegende Beitrag zeigt in einem anekdotischen Vergleich des deutschen und britischen Umgangs mit dem Thema Expertise und den unfehlbaren, objektiven Wahrheiten der Wissenschaft den Ge- und Missbrauch derselben zur Rechtfertigung politischer Entschei-

dungen, die jedoch den klaren Blick auf politische Verantwortlichkeit für den Umgang mit der Pandemie potenziell verschleiern.

Vom Ge- und Missbrauch der Wissenschaft ...

„Der Rat der Wissenschaft“ wird rund um den Globus als zentraler Eckpfeiler staatlicher Maßnahmen zum Umgang mit dem Coronavirus angesehen. Die Umsetzung wissenschaftlicher Ratschläge erweckt den Eindruck, das Handeln der Regierung stütze sich auf objektive Wahrheiten. Auch wenn die Verortung von Wissen-

Der kritische Blick offenbart, dass die Entscheidung, wer in den Stand des Experten/der Expertin gehoben wird, nicht frei von sexistischen und rassistischen Motiven ist

schaft und Politik als entgegengesetzte Pole leicht angestaubt wirkt, legt die Zurschaustellung des wissenschaftsgeleiteten politischen Handelns nahe, eine gute Regierungsführung sei nicht nur informiert, sondern darüber hinaus an ihrer Übereinstimmung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu messen.

Tony Barber bezeichnet den nationalen Notstand in der *Financial Times* als Chance für die Wiederbelebung des Fachwissens. Er sieht „untrügliche Anzeichen dafür, dass die britische Öffentlichkeit, verwirrt und alarmiert durch den inkohärenten Umgang der Regierung mit der Frühphase der Pandemie, sich nach dem Rat von Spezialisten – und auch Politikern – sehnt, die wissen, wovon sie reden“³.

Der Chefberater der Regierung in wissenschaftlichen Fragen, Patrick Vallance, merkte kürzlich hierzu an: „Es ist vollkommen nachvollziehbar, dass die Menschen angesichts einer der schwersten Pandemien in unserer Geschichte besorgt und beunruhigt darüber sind, was die Zukunft bringt, und in der Wissenschaft nach Antworten suchen.“⁴

Im Gegensatz zum deutschen Sprachgebrauch des Wortes „Wissenschaft“ bezieht sich der Begriff „science“ im Englischen vorrangig

auf die Naturwissenschaften. Dass die „Scientific Advisory Group for Emergencies“ (SAGE) als britischer Krisenstab für ihre Beratungstätigkeit bei der Regierung vorwiegend auf Experten aus dem naturwissenschaftlichen und medizinischen Bereich zurückgreift, veranschaulicht diesen Unterschied in der Herangehensweise.

Die SAGE verfolgt einen gleichzeitig informatisch, epistemisch und politisch ausgerichteten Ansatz der Pandemieprävention und -bekämpfung. Im Rahmen der Virusüberwachung soll das Potenzial von Daten und (Daten-)Wissenschaft genutzt werden, um dem Ausbruch von Pandemien vorzubeugen bzw. diese zu erkennen. Mit diesem Ansatz hat sich das Gremium zu einem zentralen Akteur der Gesundheitssicherheit im Vereinigten Königreich entwickelt.

Die Erhebung von Informationen zur Einschätzung des Pandemierisikos (bzw. seiner Quellen) sowie die anschließende Überführung in politische Maßnahmen zur (angemessenen) Risikobewältigung folgen einem evidenzbasierten oder „wissenschaftsgeleiteten“ Ansatz.

Doch wie Benjamin Hurlbut argumentiert, basiert das augenscheinlich „rationale“ informationsgestützte Management von Sicherheitsrisiken auf einer politischen Ordnung, in der die Welt durch Information beherrschbar ist und sich normativ dazu verpflichtet, diese Informationen zu produzieren.

In seiner Studie über die politischen Normen und Beziehungsgeflechte der Pandemierisikokontrolle zeigt Hurlbut, dass Vorstellungen über

Im Rahmen der Agenda der Gesundheitssicherheit – wie auch in weiteren Bereichen, etwa der Klimapolitik – gesteht die Vorstellung vom „richtigen Wissen“ den institutionalisierten Formen wissenschaftlicher Autorität eine Vorrangstellung zu.⁶ Hierdurch wird der Anspruch der Wissenschaft weiter untermauert, Hüterin der Wahrheit in der Gesellschaft zu sein.⁷ Auch wenn diese Auffassung für ihre Art und Weise, Wissen und soziopolitische Zusammenhänge zu hierarchisieren, in der Kritik steht⁸, erscheint sie in der Pandemiebekämpfung weiterhin als mächtiges Topos. Sowohl der „wissenschaftsgeleitete“ Kurs der britischen Regierung im Umgang mit der Pandemie als auch das Vertrauen der deutschen Regierung in die Gesundheitsbehörden und Virologen folgen nicht nur einer informationsgeleiteten Vision, sondern erheben die Wissenschaft zudem in den Stand, die Normen, politischen Beziehungen und Formen von Autorität festzulegen, die zur Bewältigung der Pandemiesituation als legitim und angemessen anerkannt werden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte in einer Fernsehansprache: „(...) alles, was ich Ihnen dazu sage, kommt aus den ständigen Beratungen der Bundesregierung mit den Experten des Robert-Koch-Instituts und anderen Wissenschaftlern und Virologen.“⁹ Der politische Journalismus in Deutschland zeichnet ein ähnliches Bild davon, wer die Experten sind, die sich zu den drängenden Fragen der Corona-Pandemie äußern sollten. In den Talkshows von Anne Will und Maybrit Illner wird die Position des „Experten“ und des Hüters der „Fakten“ entweder mit Virologen und Medizinern oder mit Wirtschaftswissenschaftlern besetzt. Dies bleibt weitestgehend unverändert seit dem ersten Höhepunkt der Pandemie im März. Die fachliche Kompetenz zum Thema Covid-19 scheint der Medizin und der Virologie vorbehalten zu sein. Abgesehen davon sind die Experten der Wahl in der Regel männlich und weiß. Christian Drosten, Direktor des Instituts für Virologie an der Berliner Charité, wurde im Zuge der Pandemie beinahe zu einer Kultfigur. Die britische Tageszeitung *The Guardian* bezeichnet ihn als „Deutschlands Covid-19-Experten“¹⁰; sein Podcast „Coronavirus-Update“ wurde zweimal mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet,

Die fachliche Kompetenz zu Covid-19 scheint der Medizin und der Virologie vorbehalten zu sein

die *richtigen Formen* der Global Governance als Nebenprodukte von Vorstellungen über das *richtige Wissen* entstehen: „(...) epistemische Autorität (...) ist auch Autorität der Rechtsprechung: Die Wissenschaft beansprucht die Autorität, ‚Recht zu sprechen‘, indem sie festlegt, welche Formen der rechtlichen und politischen Ordnung zur Erkennung und Steuerung globaler Risiken erforderlich und welche Systeme unangemessen sind.“⁵

weitere Auszeichnungen und Anerkennungen erhielt er unter anderem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Doch es ist und bleibt rätselhaft, wie und von wem im Falle einer Pandemie die Grenzen wissenschaftlicher Expertise und deren Integration in wissenschaftsgeleitete politischen Strategien definiert werden.

Die Pandemie hat gezeigt, dass weder unbedingt a priori feststeht, wer eine Expertin ist, noch welche fachliche Kompetenz am Ende relevant wird. Die Antwort auf diese Fragen ist zudem nichts Statisches und passt auch nicht in das archetypische Raster der Wissenschaftsdisziplinen. Das Coronavirus war zu keinem Zeitpunkt ein lediglich mikrobiologisches oder medizinisches Phänomen – eine Erkenntnis, die die schockierenden Ungleichheiten in den Fallzahlen in Großbritannien veranschaulicht. Dennoch sehen wir in der Praxis, dass die Wahrnehmung fachlicher Kompetenz beunruhigend eindimensional, elitär und sexistisch ist. Ein kürzlich von der Bill and Melinda Gates Foundation in Auftrag gegebener Bericht kommt zu dem Schluss, die Stimmen von Frauen seien bei der Corona-Berichterstattung „auf erschreckende Weise an den Rand gedrängt“ worden. Die Analyse von Medienberichten aus sechs Ländern zeigt, dass lediglich 19 Prozent der in den beachteten Fachartikeln zum Thema Covid-19 zitierten Experten weiblich waren. Die Journalistin Karen McVeigh von der britischen Tageszeitung *The Guardian* merkt hierzu an: „Die Frauen werden in der Pandemie eher selten als maßgebliche Expertinnen oder fähige Individuen dargestellt, sondern vorwiegend als Opfer bzw. Betroffene der Krankheit porträtiert oder als Quelle persönlicher Meinungsäußerung zitiert.“¹¹

Diese „Übertönung“ weiblicher Stimmen ist Ausdruck eines allgemeinen Umfelds, welches Frauen die Anerkennung als maßgebliche Expertinnen und politische Entscheidungsträgerinnen erschwert. Zum täglichen Covid-19-Expertenbriefing kommen in Großbritannien ausschließlich Männer zusammen.

Der Artikel des *Guardian* verweist ebenso auf den Effekt der kriegsähnlichen Rhetorik, welcher die Marginalisierung weiblicher Positionen noch zusätzlich verschärft. Es werden

besorgniserregend antiquierte Vorstellungen bedient, Männer seien generell besser für Notfälle gerüstet. Der Rückbezug auf das Bild des „starken Mannes“ lässt eine weitere problematische Entwicklung sichtbar werden: Die Legitimität von Kritik an „wissenschaftsgeleiteten“ politischen Entscheidungsprozessen oder Expertinnenmeinungen wird insgesamt infrage gestellt

Ein Interview der *Augsburger Allgemeinen* mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn unterstreicht diesen Punkt. Angesprochen auf die von einigen Stimmen geäußerte Kritik, der derzeitige politische Kurs in der Coronakrise lasse keine (Diskussion über) Alternativen zu, zieht Spahn solche Bedenken mit seiner Reak-

Mit kriegsähnlicher Rhetorik werden antiquierte Vorstellungen bedient, Männer seien generell besser für Notfälle gerüstet

tion de facto ins Lächerliche: „Es gibt natürlich immer eine Alternative. Eine Alternative wäre zum Beispiel gewesen, nichts zu tun und sich das Virus einfach weiter ausbreiten zu lassen.“¹²

Angesichts der Zunahme sinophober 5G-Verschwörungstheorien und der radikalen politischen Position von Demonstranten, die in den Schlagzeilen deutscher Zeitungen als Gegner der Corona-Politik dargestellt werden, fällt es Spahn leicht, sich nicht (ernsthaft) auf Kritik einzulassen. Indem er die Frage nach den Bedenken und Widerständen gegen das gegenwärtige Krisenmanagement mit radikalen Haltungen in Zusammenhang bringt, reduziert Spahn jegliche Kritik an Maßnahmen auf die politischen Extreme. In ähnlicher Weise verengte Christian Drosten das Spektrum der politischen Debatte auf ein homogenes Gefüge von Positionen, welches er als „Präventionsparadoxon“ bezeichnet.¹³

Diese Auffassung riskiert jedoch die Entpolitisierung der Ausnahme- und Notfallagenda, in deren Kontext die Pandemiebekämpfung steht. Sie befeuert zudem eine in den Statements, der Berichterstattung und den Kommentaren von Spitzenpolitikern und Journalisten

listen zunehmend verbreitete Auffassung. Es wird vor den Gefahren für die zur Pandemieabwehr erforderliche „Ordnung“ durch „Partikularismus“ gewarnt. In einem Kommentar des Tagesspiegels zu einem Corona-Gipfel der deutschen Ministerpräsidenten wettet Stephan-Andreas Casdorff gegen das „Chaostreffen“¹⁴. Casdorff zufolge riskieren die deutschen Ministerpräsidenten mit ihrer Regionalpolitik eine Überlastung der Polizei, die schließlich noch mehr Aufgaben zu bewältigen habe, als nur Maskenaufgaben zu kontrollieren – etwa „Demonstrationen gegen die Coronapolitik zu kontrollieren“.

„Wir befinden uns nicht im Krieg gegen ein Virus“ (Cas Mudde)

Fast den gesamten Februar und März hindurch beschwor die regierungsfreundliche britische Boulevard- und Großformatpresse den Durchhaltewillen (im Rückgriff auf die Bombenangriffe der NS-Luftwaffe *Blitz Spirit* genannt, Anmerkung der Übersetzer) und verglich Boris Johnsons „Kampf“ gegen das Virus mit der Situation Großbritanniens während des Zweiten Weltkriegs. In dem Versuch, die nationalen Kräfte im Kampf gegen den „unsichtbaren Killer“ zu einen, bezeichnete der Premierminister in seiner Ansprache an die Nation am 23. März das Coronavirus als „die größte Bedrohung (...), der dieses Land in den letzten Jahrzehnten ausgesetzt war“. Der *Telegraph* prophezeite, es biete sich nun für Boris Johnson die außerordentliche Gelegenheit, sich in eine moderne Version seines großen Vorbilds Winston Churchill zu verwandeln und die Nation zu einem Sieg über das feindliche Virus zu führen.¹⁵

Auch die deutschen Talkshows bedienen sich ausgiebig der Rhetorik des Krieges und des Ausnahmezustands. Im März brachte Anne Will Gäste aus dem gesamten politischen Spektrum mit Virologen, Medizinerinnen und dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter zusammen. Das Thema: „Deutschland im Ausnahmezustand – gewinnen wir den Kampf gegen Corona?“. Auch in den folgenden zwei Sendungen standen der „Corona-Ausnah-

mezustand“ und der Schlachtplan für Deutschland im Mittelpunkt: „Wo steht Deutschland im Kampf gegen Corona?“

Die im Umgang mit der Pandemie verwendete Kriegsrhetorik dient einem eigentümlich anmutenden doppelten Zweck. Sie will Verständnis für die Unvermeidbarkeit und Grausamkeit der „Corona-Politik“ wecken. Damit werden zwei Dinge erreicht: Erstens werden die Kriegsbeteiligten von der Verantwortung und der Schuld an den zu erbringenden Opfern entbunden. Zweitens, indem wir uns auf die Unvermeidbarkeit des Krieges berufen, erschaffen wir genau die Realität, die unsere Kriegsführung erst rechtfertigt. Die Pandemie als Feind in einem Krieg zu behandeln trübt dann den Blick auf das Handeln (bzw. Unterlassen) der Politik, wodurch die Krise entpolitisiert und rationalisiert wird.

Die Situation erinnert an das, was Hannah Arendt mit ihrem Konzept der unfehlbaren Voraussage beschreibt – die Dynamik, wie (totalitäre) Herrscher die die Macht erlangen, bestimmte Realitäten selbst erzeugen. Voraussagen wie die der „Unvermeidbarkeit des Krieges“ seien dann in Wahrheit Absichtserklärungen. Werden Absichten jedoch in Form von Vorhersagen formuliert, bieten sie einen Schutzschild gegen Verantwortung und Schuldzuweisungen. Solche Narrative beschwören den Krieg quasi als Naturgewalt herauf und verschleiern die politischen Entscheidungen, die hinter dem Akt der Kriegführung stehen.

Doch wer dürfte sich im sogenannten Kampf oder „Krieg“ gegen Covid-19 letztendlich als Sieger bezeichnen? Und was bedeutet ein Sieg, wenn der Feind ein Virus ist? Zwar gibt es in diesem Fall keine siegreiche Nation, doch gibt es sehr wohl Verlierende, die im technologiegetriebenen Wettkampf um die Entwicklung eines Impfstoffs oder einer biomedizinischen Behandlung für das Coronavirus nicht mithalten können (Hernandez-Morales, 2020).¹⁶ Ein aktueller Kommentar im Wall Street Journal¹⁷ zeigte deutlich auf, wie Rassismus in der Innovationspolitik zusammen mit dem internationalen Wettstreit um den Zugang zu einem Impfstoff einen möglichen Ausweg aus der Pandemie zum Spielball ökonomischer und politischer Interessen macht.

Zynischerweise werden beispielsweise diejenigen, die in den letzten Jahren Zielscheibe der insbesondere ausländerfeindlichen Brexit-Politik und -Rhetorik waren, nun zu „systemrelevanten“ Akteuren und neuen Helden im Kampf gegen das Virus erhoben. Von diesen Einsatzkräften an „vorderster Front“ – den Busfahrerinnen, Pflegerinnen, Servicemitarbeiterinnen – wird nun zudem erwartet, dass sie die erforderlichen „Opfer“ erbringen und sich etwa mit dem Fehlen von Schutzausrüstungen abfinden.

Im medialen Diskurs und im Umgang der britischen Regierung mit den „katastrophalen“ Auswirkungen der Pandemie unterstreicht die martialische Bezeichnung des Virus als Feind das Narrativ des Ausnahmezustands. Hier setzt sich ein seit längerem andauernder Trend fort, der das Thema Gesundheit zunehmend zum Anliegen der nationalen und internationalen Sicherheit erklärt. Im Jahr 2001 setzte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anlässlich der HIV-Pandemie zum ersten Mal ein nicht traditionelles Sicherheitsthema auf seine Tagesordnung. Auch Sars (2003) und Ebola (2014/15) lenkten die internationale Aufmerksamkeit auf die Gefahren von Infektionskrankheiten, insbesondere angesichts der zunehmend vernetzten und globalisierten Welt. 2017 warnte Bill Gates auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor den katastrophalen Folgen einer Pandemie und den Millionen Toten, die sie verursachen könnte.¹⁸ Damals erschien dieses Szenario geradezu als Dystopie, als schlimmster vorstellbarer Fall, der die Weltordnung an den Rand des Abgrunds bringen könnte.

Der landesweite Lockdown, den Großbritannien am 23. März 2020 verhängte, hat eine breite Spanne an Reaktionen hervorgerufen – was unter anderem auf die sehr unterschiedlichen Auswirkungen für diejenigen zurückzuführen ist, für die diese Regeln gelten. Einerseits wurde die Reaktion als halbherzig kritisiert, da die Maßnahmen für eine Eindämmung der Pandemie viel zu spät gekommen seien. Bis dahin hatten sich die Maßnahmen der britischen Regierung größtenteils auf eine Informationskampagne mit griffigen Slogans zum Thema Händewaschen und Naseputzen beschränkt („Catch it, bin it, kill it“¹⁹ – auf Deutsch in etwa: „Nutze Taschentücher, entsorge sie sicher, gib

dem Virus keine Chance“) – ganz so, als müsse man der Öffentlichkeit eine Kindergartenlektion in Sachen Hygiene erteilen. Dieser Laissez-faire-Ansatz, der in dem Wunsch nach dem „Aufbau (...) einer Art Herdenimmunität“²⁰ kulminierte, machte die gesamte Bevölkerung ungefragt zu Versuchskaninchen eines zynischen (wissenschaftlichen) Experiments.

Auf der anderen Seite ging die Beschneidung der Grundrechte mit Forderungen nach einer juristischen Prüfung sowohl der Angemessenheit als auch der Wirksamkeit der Maßnahmen einher. Cas Mudde, Politikwissenschaftler und Kolumnist des *Guardian*, zum Beispiel warnt in einem Kommentar vor den Folgen der Kriegsrhetorik und Versicherheitlichung der Pandemie für die freiheitlich-demokratische Ordnung: „In einer echten Krise sind Notstandsmaßnahmen durchaus erforderlich (...),

Ein seit längerem andauernder Trend erklärt das Thema Gesundheit zunehmend zum Anliegen der nationalen und internationalen Sicherheit

aber sie können auch ohne den Gebrauch von Kriegssprache ergriffen werden. Sie sollten zudem strikt auf die aktuelle Krise begrenzt werden und im Verhältnis zur Bedrohung stehen. Doch viele Politiker sind weit über das Ziel hinausgeschossen und haben versucht, die Gesundheitskrise zu nutzen, um zweifelhaft repressive Gesetze durchzusetzen.“²¹

Das Konzept des Ausnahmezustands, welches die Übertragung verfassungsmäßiger Befugnisse während einer Krise oder im Ausnahmezustand an eine hoheitliche Behörde vorsieht, geht auf den rechtsextremen Rechts- und Politiktheoretiker Carl Schmitt zurück. Mit Verweis auf den Ausnahmezustand veranlasste die britische Regierung²² das „Coronavirus-Gesetz“ (HC Bill 122), welches über die Grenzen des rationalen Krisenmanagements hinaus Notstandsbefugnisse schuf. Insbesondere die Eile, mit der diese weitgehenden Befugnisse durch das Parlament geschleust wurden, wurde von einigen Kommentatoren mit Besorgnis gesehen. Zudem wurde gemäß einer aktuellen

Absichtserklärung des britischen Ministeriums für Gesundheit und Sozialfürsorge (DHSC) und des Rats der britischen Polizeichefs (National Police Chiefs' Council) der britischen Polizei Zugang zu den Test- und Rückverfolgungsdaten des nationalen Gesundheitsdienstes NHS erteilt.²³ Auf der Höhe der Pandemie kündigte der britische Gesundheitsminister darüber hinaus an, das Öffentliche Gesundheitsinstitut Public Health England (PHE) nach dem deutschen

Es ist grundlegend problematisch, die Ausnahme als gegebenen, unvermeidlichen und unantastbaren Punkt zu definieren (oder von ihm abzugrenzen)

Modell des Robert-Koch-Instituts radikal umzustrukturieren.²⁴ PHE wird nun mit dem umstrittenen NHS Test and Trace zum National Institute for Health Protection zusammengelegt, welches von der Konservativen Baroness Dido Harding als Interimschefin geleitet wird. Angesichts der Forderung, die Krise nicht zu „politisieren“, tarnte die Regierung ihre politischen Entscheidungen hinter dem Rückgriff auf Unvermeidbarkeit.

Am anderen Ende des Krisenmanagement-spektrums, jedoch ebenfalls geleitet vom Irrglauben der Unvermeidlichkeit, steht das von US-Präsident Donald Trump geäußerte Argument, die Menschen seien durch wirtschaft-

liche Abschwünge genauso stark oder sogar noch schlimmer betroffen als durch Pandemien²⁵. In Großbritannien fand diese Haltung in Form eugenisch angehauchter Kommentare Wiederhall: „350 Milliarden Pfund auszugeben, um das Leben einiger Hunderttausend meist älterer Menschen zu verlängern“, sei ein „unverantwortlicher Umgang mit Steuergeldern (...)“.²⁶

Es ist grundlegend problematisch, die Ausnahme als gegebenen, unvermeidlichen und unantastbaren Punkt zu definieren (oder von ihm abzugrenzen). Denn hierdurch realisiert sich der Ausnahmezustand als neue Normalität. Diese wiederum befreit die Akteure der Politik und ihre Handlungen von der Verantwortung in Umgang mit der Krise, ihrem Verlauf und ihrer Bewältigung. Wenn jedoch, wie für den italienischen Philosophen Giorgio Agamben, die für Ausnahmen übertragene Hoheitsgewalt strukturell ontologische Züge aufweist und ein unvermeidliches Produkt der strukturellen Grenzen der Politik ist, werden sowohl der Ausnahmezustand selbst als auch die mit ihm verbundenen außergesetzlichen Handlungen und politischen Maßnahmen unantastbar.

Judith Butler bietet für diese Sackgasse eine andere Lesart an. Für Butler ist die Ausnahme kein strukturell ontologischer Begriff. Wiederholte Handlungen oder politische Maßnahmen, die sich einer gerichtlichen Prüfung entziehen, dienen dazu, „den Exzeptionalismus als legitime und normalisierte Regierungsform performativ zu konstituieren“²⁷. Sie werden gleichsam als „Taktik“ eingesetzt, als Instrumentalisierung von Praktiken, die die Notstandsmaßnahmen als Norm beschwören und aufrechterhalten. Auch wenn außergesetzliche Handlungen aufgrund außergewöhnlicher Umstände gerechtfertigt sein können, werden sie sich nicht von selbst zu Ausnahmen. Die Ausnahme ist vielmehr ein diskursiv formulierter, bedingter und sozial konstruierter, in der Praxis vorkommender Zustand. Butler verlagert das Problem des Exzeptionalismus mithilfe des Begriffs der Performativität vom Deterministischen und Transzendenten auf die Handlungen der Machthabenden zurück.

Dieses revidierte, bedingte Verständnis des „Ausnahmezustands“ entfaltet während der ge-

Die Autorin



Anna Rößing ist promovierte Politikwissenschaftlerin an der Universität von Bath, Großbritannien. Ihr aktuelles Projekt konzentriert sich auf die Auswirkungen der Technologie auf die politische Ordnung der Gegenwart und Zukunft. Zuvor absolvierte sie ein Bachelorstudium in Pharmazeutischen Wissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München und ein Postgraduiertenstudium in Konflikt, Sicherheit und Entwicklung an der Universität von Sussex. Anna Rößing ist Expertin auf dem Gebiet der Biosicherheit und arbeitete in einer Reihe von

öffentlichen und privaten Institutionen im öffentlichen und globalen Gesundheitswesen in Deutschland und Großbritannien.

genwärtigen pandemiebedingten Notsituation eine besondere Bedeutung (und befähigende Kraft). Es ermöglicht eine alternative, kritische Betrachtung des politischen Kurses in Großbritannien, mit dem die Regierung unter Verweis auf die Grenzen der Wissenschaft jegliche Kritik an Versäumnissen von sich weist.

Tom Hobson merkt an, das Spiel mit den Grenzen des Wissens und die militarisierte Reaktion ähnelten der Rede von der „Präzision“ bei den Bombenangriffen im Nahen Osten bei gleichzeitiger strategischer Uneindeutigkeit hinsichtlich der Anzahl der Opfer, die diese „Präzisions“-Gewalt im Laufe der Jahre verursacht hat.²⁸

Als britische Regierungsvertreter Mitte April mit der gestiegenen Anzahl bestätigter Coronafälle und der vergleichsweise niedrigeren Zahlen auf dem europäischen Festland konfrontiert wurden, führten sie vage Behauptungen ins Feld und stellten die Zuverlässigkeit der Statistiken zum damaligen Zeitpunkt infrage. Die in anderen Ländern verwendete Methodik bei der Zählung der Fälle, die Bedenken hinsichtlich der Angemessenheit und Glaubwürdigkeit kritischer Studien zur Wirksamkeit der in Großbritannien getroffenen Maßnahmen aufkommen ließ, wurde ebenfalls angezweifelt – genau wie die Daten über die unverhältnismäßig negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Bevölkerung. Diese seien zu unvollständig; die möglichen Ursachen *könne man schlichtweg nicht kennen*.

Unwissenheit ist also der bevorzugte *Modus Operandi* bei der Zählung der Toten und der Klärung der Todesursachen. Während die Regierung einerseits nicht müde wird, ihr Handeln bzw. Nichthandeln im Zusammenhang mit der Pandemie immer wieder in den Zusammenhang mit Daten, wissenschaftlichen Fakten und Objektivität zu stellen, stützt sie sich andererseits auf die vermeintlich begrenzte Aussagekraft und Mehrdeutigkeit genau dieser Daten, um jegliche Kritik auszuhebeln. Kaajal Modi et al. merken scharfsinnig an, dass durch diese Position „bestenfalls die politischen und materiellen Realitäten der systemischen Ungleichheit und des Rassismus hinter ihren Folgen, den starken Unterschieden in der Mortalität bei Covid-19, verbirgt. Schlimmstenfalls

(re)produziert diese strategische Ignoranz ein fadenscheiniges bio-essentialistisches Argument, das impliziert, die Gruppe der BAME – bezeichnet mit einer politisch sauberen Kategorie, die die nicht weißen Menschen zu einer homogenen Gruppe verflacht – sei aufgrund einiger bislang unentdeckter (genetischer) Besonderheiten von Natur aus prädisponiert und anfällig für das Virus.“²⁹

Streichen wir das Politische aus der Gleichung, bleibt das Argument des unveränderlichen Biologischen stehen, das jegliche politische Verantwortung verwässert. Hier soll Verantwortung unter allen Umständen umgangen werden – und die politische bzw. subjektive Realität der eigenen, fundamentalen Rolle

Das Muster einer Instrumentalisierung der Wissenschaft zur Rechtfertigung politischer Entscheidungen scheint sich zu wiederholen

bei der Gestaltung der Ereignisse im Verborgenen bleiben.

Die weltweite Ausbreitung des Coronavirus hat allen Staaten eine gemeinsame Agenda auferlegt: die Pandemie in den Griff zu bekommen. Auch wenn die Ansätze und die Effektivität der Maßnahmen je nach Land und Region unterschiedlich sind, scheint sich das Muster einer Instrumentalisierung der Wissenschaft zur Rechtfertigung politischer Entscheidungen zu wiederholen.

Dass sowohl die deutsche als auch die britische Regierung gebetsmühlenartig auf *die Wissenschaft* verweisen, zeigt das Bestreben an, die wahren Beweggründe und Einschätzungen hinter den politischen Entscheidungen zur Pandemiebewältigung zu vernebeln. Das eindringliche Plädoyer für die Ergreifung bestimmter Maßnahmen und die Einführung einer Notstandspolitik zur Pandemiekontrolle, der Verweis auf wissenschaftliche Objektivität und das Vertrauen auf *eine unfehlbare High-tech-Wissenschaft* stehen für die Fortführung des Ausnahmezustands und die Entpolitisierung der Krise. Mit Bezug auf die wissenschaftliche Grundlage politischer Entscheidungen ist

es den Regierungen rund um den Globus ein Leichtes zu behaupten, alle getroffenen Maßnahmen zur Reaktion auf die Pandemie als (inter-)nationale Sicherheitsbedrohung seien zwingend erforderlich gewesen.

Das von Judith Butler revidierte Verständnis des „Ausnahmestands“ hinterfragt die Umsetzung der Ausnahme als Konstruktion in Diskurs und Praxis. Wird der Ausnahmestand nicht mehr als unvermeidliche Bedingung angesehen, kann die *Repolitisierung* der Ausnahme genau die Diskurse infrage stellen, deren Produkt sie ist – ein Produkt, das von einer *bestimmten Politik* erzeugt wurde, welche ihre eigenen Spuren im Gefolge der Wissenschaft verwischt hat.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf die USA forderte Wiebe Bijker, einer der Pioniere der Science and Technology Studies, die akademische Gemeinschaft auf, die Interdependenzen zwischen unseren technisch-wissenschaftlichen Kulturen und deren Bedeutung für die Entwicklung der demokratischen Politik zu untersuchen. Er wollte die Auswirkungen dieses mit einfachsten technischen Mitteln ausgeführten Terroranschlags, der gegen die stark technologiegetriebene Kultur der Vereinigten Staaten verübt worden war, auf die Demokratiefähigkeit der restlichen Welt verstehen. Bijker erinnerte seine Leserinnen bereits damals daran, dass „die moderne Kultur in allen Aspekten von der Wissenschaft und Technologie durchdrungen ist, dass Wissenschaft und Technologie eine Schlüsselrolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt spielen und zudem bei allen Ereignissen, die deren Stabilität bedrohen, von gleichermaßen zentraler Bedeutung sind“³⁰.

1 Siddique, H. (2020): Covid-19-Todesrate der Gruppe der BAME (Schwarze, Asiatischstämmige und ethnische Minderheiten) „mehr als doppelt so hoch wie die der Weißen“. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/world/2020/may/01/british-bame-covid-19-death-rate-more-than-twice-that-of-whites> (Stand: 21.10.2020).

2 Siehe z. B. die regierungsübergreifende britische Strategie *Health is Global* aus dem Jahr 2008, in der es heißt: „Gesundheitssicherheit umfasst ein breites Spektrum komplexer und beängstigender Themen. Diese reichen von der internationalen Bühne bis hin zum einzelnen Haushalt und umfassen die gesundheitlichen Folgen von Armut, Kriegen und Konflikten, Klimawandel, Umweltverschmutzung, Umweltzerstörung, Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen. Sie alle gefährden die kollektive Gesundheit der Bevölkerung über geographische Regionen und internationale Grenzen hinweg.“ (Eigene Übersetzung aus dem Englischen)

HM Government. Health is global: A UK Government Strategy 2008-13. London: Department of Health; 2008. Die beschriebene Selbstverpflichtung wird auch in der *Global Health Strategy 2014-2019* des britischen Gesundheitsministeriums (*Public Health England Global Health Strategy 2014-2019*) angeführt. https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/354156/Global_Health_Strategy_final_version_for_publication_12_09_14.pdf (Stand: 21.10.2020).

3 Barbier, T. (2020): „Boris Johnson’s Churchill moment“. *Financial Times*, 17. März 2020, <https://www.ft.com/content/a28a70ca-e971-4741-a6cd-277e48115330> (Stand: 21.10.2020). (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)

4 Gallagher, J. und Schraer, R. (2020): „Coronavirus: Relaxing lockdown “risky” and a “political decision““. *BBC*, <https://www.bbc.co.uk/news/health-52849691> (Stand: 13. November 2020). (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)

5 Hurlbut, J.B. (2017): „A science that knows no country: Pandemic preparedness, global risk, sovereign science“. *Big Data & Society*, 4(2) <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/2053951717742417>, S. 2. (Stand: 21.10.2020). (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)

6 Ebda.

7 Woolgar, S. (2004): „What happened to provocation in science and technology studies?“ In: *History and Technology* 20 (4), S. 339-349.

8 Siehe zum Beispiel Evans, S., Leese, M., & Rychnovská, D. (2020): „Science, technology, security: Towards critical collaboration.“ In: *Social Studies of Science*, S. 1–25; Hoijtink, M. und Leese, M. (2019): *Technology and Agency in International Relations*. London/New York; Jasanoff, S. (2004): *States of Knowledge: The Co-Production of Science and Order*. London/New York.

9 Fernsehansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 18. März 2020. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975232/1732182/d4af29ba76f62f61f-1320c32d39a7383/fernsehansprache-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-data.pdf?download=1> (Stand: 21.10.2020).

10 Spinney, L. (2020): „Germany’s Covid-19 expert: ‚For many, I’m the evil guy crippling the economy.‘“ *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/26/virologist-christian-drosten-germany-coronavirus-expert-interview> (Stand: 21.10.2020). (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)

- 11 McVeigh, K. (2020). „Female voices ‚drowned out‘ in reporting on Covid-19, report finds.“ *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/global-development/2020/sep/24/female-voices-drowned-out-in-reporting-on-covid-19-report-finds> (Stand: 21.10.2020). (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)
- 12 Spahn, Jens (2020): „Das Signal muss überall das gleiche sein: Bleibt weiter vorsichtig. Achtet aufeinander.“ Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im Interview mit der *Augsburger Allgemeinen* über die Rückkehr in einen neuen Alltag. <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/interviews/interviews/augsburger-allgemeine-280520.html> (Stand: 21.10.2020).
- 13 Spinney, L. (2020): „Germany’s Covid-19 expert: ‚For many, I’m the evil guy crippling the economy.‘“ *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/26/virologist-christian-drosten-germany-coronavirus-expert-interview> (Stand: 21.10.2020, Hervorhebung der Autorin).
- 14 Casdorff, S. (2020): „Chaostrreffen statt Corona-Gipfel: Die Regierenden machen sich das Scheitern zu einfach.“ *Der Tagesspiegel*, <https://www.tagesspiegel.de/politik/chaostreffen-statt-corona-gipfel-die-regierenden-machen-sich-das-scheitern-zu-einfach/26282930.html> (Stand: 21.10.2020).
- 15 Tice, R. (2020): „Boris Johnson is seizing his chance to be the new Churchill in his war on coronavirus.“ *The Telegraph*, 27.4.2020. <https://www.telegraph.co.uk/politics/2020/04/27/boris-johnson-seizing-chance-new-churchill-war-coronavirus/> (Stand: 21.10.2020). (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)
- 16 Hernandez-Morales, A. (2020): „Germany confirms that Trump tried to buy firm working on coronavirus vaccine.“ *Politico*, <https://www.politico.eu/article/germany-confirms-that-donald-trump-tried-to-buy-firm-working-on-coronavirus-vaccine/> (Stand: 21.10.2020).
- 17 The Editorial Board (2020): „A Global Covid Vaccine Heist“. *The Wall Street Journal*, 19.11.2020. <https://www.wsj.com/articles/a-global-covid-vaccine-heist-11605829343> (Stand: 30.11.2020). Der Artikel argumentiert folgendermaßen: Da Entwicklungsländer nicht die technischen Möglichkeiten hätten, komplexe Konstrukte wie das mRNA-Vakzin von Moderna herzustellen oder gar zu verteilen, sei die Antragstellung von Staaten wie Südafrika und Indien, Zugang zu der patentierten Technologie nach WTO-Regeln zu erhalten, in sich hinfällig. Ein Argument, welches in anderen Situationen wie etwa 2005 im Kontext der Vogelgrippe-Pandemie gegenüber indischen Generikaherstellern von Tamiflu wiederholt wurde; siehe Zamiska, Nicholas und Dean, Jason (2005): „Generics Challenge Roche’s Tamiflu Claims“. *The Wall Street Journal*, 3.11.2005. <https://www.wsj.com/articles/SB113098216326386983> (Stand: 30.11.2020).
- 18 <https://www.gatesfoundation.org/Media-Center/Speeches/2017/05/Bill-Gates-Munich-Security-Conference> (Stand: 21.10.2020).
- 19 <https://www.england.nhs.uk/south/wp-content/uploads/sites/6/2017/09/catch-bin-kill.pdf> (Stand: 21.10.2020).
- 20 Boseley, S. (2020). „Herd immunity: will the UK’s coronavirus strategy work?“ *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/13/herd-immunity-will-the-uks-coronavirus-strategy-work> (Stand: 21.10.2020). (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)
- 21 Mudde, C. (2020). „‘War times’ coronavirus powers could hurt our democracy – without keeping us safe“. *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/mar/24/wartime-coronavirus-powers-state-of-emergency> (Stand: 21.10.2020). (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)
- 22 https://publications.parliament.uk/pa/bills/cbill/58-01/0122/cbill_2019-20210122_en_1.htm?fbclid=IwAR3PfcM4q1-kYx3_x33EEwdUYe-_t5k9zQb6B-V2Ujs_NVZA0DyW1BjR4NZg (Stand: 21. Oktober 2020).
- 23 BBC (2020): „Coronavirus: Police get access to NHS Test and Trace self-isolation data.“ <https://www.bbc.co.uk/news/uk-54586897> (Stand: 21. Oktober 2020).
- 24 <https://www.gov.uk/government/news/government-creates-new-national-institute-for-health-protection> (Stand: 30.11.2020).
- 25 Siehe Qiu, L. (2020): „Trump’s Baseless Claim That a Recession Would Be Deadlier Than the Coronavirus“. *The New York Times*, <https://www.nytimes.com/2020/03/26/us/politics/fact-check-trump-coronavirus-recession.html> (Stand: 21.10.2020). (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)
- 26 Dieses Argument wurde von Toby Young in einem Kommentar in *The Critic* vom 31. März 2020 verwendet: <https://thecritic.co.uk/has-the-government-over-reacted-to-the-coronavirus-crisis/> (Stand: 21.10.2020). (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)
- 27 Neal, A. W. (2008): „Goodbye War on Terror? Foucault and Butler on Discourses of Law, War and Exceptionalism.“ In: Dillon, M. und Neal, A. W. (Hg.): *Foucault on Politics, Security and War*. 1. Auflage. London, S. 49. (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)
- 28 Hobson, T. (2020): „Follow the Science‘: The Weaponisation of Knowledge and Ignorance, What Can be Known, and What can be Said about the Pandemic.“ <https://thedreamantle.wordpress.com/2020/06/23/follow-the-science-the-weaponisation-of-knowledge-and-ignorance-what-can-be-known-and-what-can-be-said-about-the-pandemic/> (Stand: 21. Oktober 2020).
- 29 Modi, K., Hobson, T., Bristow, D. (2020): „There’s Nothing Exceptional to the State of Exception: An Analysis of Race and Media Representation Amidst the Covid-19 Outbreak.“ *Everyday Analysis*. <https://everydayanalysis.net/2020/04/14/theres-nothing-exceptional-to-the-state-of-exception-an-analysis-of-race-and-media-representation-amidst-the-covid-19-outbreak/> (Stand: 21. Oktober 2020). Eigene Übersetzung aus dem Englischen.
- 30 Bijker, W. E. (2003): „The need for public intellectuals: A space for STS.“ In: *Science, Technology & Human Values* 28 (4), S. 443–450, S. 444. (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)

„AM ANFANG KONNTE MAN EINE DEUTLICHE ANSPANNUNG SPÜREN“

Die Coronapandemie verändert auch die Einsatzbedingungen und den Alltag in der Bundeswehr – zum Teil erheblich. Die Redaktion von „Ethik und Militär“ wollte wissen, wie Soldatinnen und Soldaten mit den Entwicklungen und den daraus resultierenden Belastungen umgehen. Dazu konnten wir unter anderem den Militärpfarrer Torsten Stemmer befragen. Er begleitete die Mannschaft der Fregatte „Hamburg“, die im Rahmen der EU-Mission IRINI zur Kontrolle des Waffenembargos im libyschen Bürgerkrieg im Mittelmeer patrouilliert.



Foto: KS/Doreen Bierdel

Militärpfarrer Torsten Stemmer, Katholisches Militärpfarramt Wilhelmshaven I

Herr Stemmer, der Einsatz auf der „Hamburg“ im Rahmen der EU-Mission IRINI war nicht Ihr erster Einsatz auf einem Schiff. Wie war das für Sie? Fühlten Sie, fühlte die Besatzung eine „besondere Situation“?

Natürlich war das eine besondere Situation. Die gewohnten Landgänge während der Hafenaufenthalte waren nicht möglich. Ebenso wird der Austausch von Personal während des Einsatzes erheblich erschwert. Dennoch war auch ganz viel wie sonst auch. Die Seefahrt an sich hat sich durch Covid-19 nicht verändert. Wind und Welle entwickeln sich ja völlig unabhängig von der Pandemie. Von daher hat sich die Zeit auf See fast ganz genauso abgespielt wie in den Zeiten vor Covid-19.

Wurden die Soldatinnen und Soldaten und Sie extra für diesen Einsatz vorbereitet?

Es gibt ja vor jedem Einsatz eine Einsatzvorbereitung. Besonders war für diesen Einsatz die Isolation. Die Einschiffung von zusätzlichem Personal – Feldjäger, Bordhubschrauber, Boarding-Team, Facharztgruppe, Stab und so weiter – bringt natürlich auch noch mal ganz eigene Herausforderungen mit sich. Eine besondere Vorbereitung in Bezug auf Covid-19 gab es vor allem im Hinblick auf die einzuhaltenen Hygiene- und Abstandsregelungen.

Welche Schutzmaßnahmen waren vorgesehen? Verstärkten sie das das Gefühl der „Enge“, des Eingesperrtseins auf dem Schiff?

Die Besatzung als Ganzes bildet auf dem Schiff eine Kohorte. Direkt nach dem Auslaufen wurde die komplette Besatzung getestet und dann noch ein zweites Mal nach 14 Tagen. Diese Tests waren zum Glück für alle ohne Nachweis einer Infektion. Nach diesen beiden Testdurchläufen am Anfang der Seefahrt muss natürlich jedweder Außenkontakt vermieden werden, um eine Infektion der Besatzung auszuschließen, da die üblichen Abstandsregeln an Bord nicht eingehalten werden können und daher eine schnelle und weite Verbreitung auf dem Schiff kaum verhindert werden könnte. Von Anfang an war klar, dass es keine „normalen“ Landgänge während der kompletten Seefahrt geben wird. Das hat doch für eine gewisse Unsicherheit gesorgt, weil es einfach eine total neue und ungewohnte Situation für alle Besatzungsangehörigen darstellte. Im Laufe der Zeit hat sich aber dann doch gezeigt, dass auch so in den Hafenaufhalten Entspannung und Abschalten möglich ist.

Welche Stimmung(en) haben Sie unter der Besatzung wahrgenommen: Anspannung, Gefasstheit, „Wir schaffen das schon“ ...?

Gerade am Anfang konnte man eine deutliche Anspannung spüren: „Wie wird das wohl werden, vier Monate unterwegs zu sein ohne Landgang?“ – „Wie entwickelt sich die Pandemie weiter? Weltweit, aber vor allem zu Hause?“ Alles in allem aber war doch auch eine gewisse Erleichterung zu spüren, nachdem auch der zweite Test ohne Auffälligkeiten „abgehakt“ worden war. An Bord konnte man sich durch die Gewissheit der Corona-Freiheit ziemlich „normal“ benehmen. Aber natürlich haben die Einschränkungen bei den Hafenaufhalten und die Frage nach der Entwicklung zu Hause immer eine Rolle gespielt.

War die Pandemie ein Thema in den Gesprächen, die Sie führen? Wenn ja, inwiefern, und wie können Sie da unterstützen?

In manchen Belangen hat sich der Gesprächsbedarf durch Covid-19 erhöht. Vielleicht auch, weil andere Gesprächsmöglichkeiten und Treffen mit Freunden wegfallen. Gleichzeitig haben viele Menschen Sorgen um die Angehörigen in der Heimat im Hinterkopf.

Die fehlenden Möglichkeiten, im Hafen im wahrsten Sinne des Wortes Abstand vom Schiff und voneinander zu gewinnen, bringt auch irgendwie ein Gefühl der Enge mit sich. Das führt immer mal wieder zu Konflikten untereinander. Ein Gespräch, in dem man sich einfach mal „auskotzen“ kann, ist da manchmal schon ein erster guter Schritt hin zu einer kleinen Entlastung. Auch das gemeinsame Sortieren und Einordnen von Gefühlen und Gedanken kann sehr hilfreich sein.

Haben Sie bei dieser Mission – wegen der Coronapandemie – besondere Aufträge?

Als Militärseelsorger haben wir sowohl im Heimatstandort als auch im Einsatz immer den Auftrag, für die Soldaten*innen da zu sein, und sind ansprechbar in allen Belangen. Dazu gehört natürlich auch alles rund um Covid-19. Von daher hat sich der Auftrag der Militärseelsorge im Kern nicht verändert. Gleichwohl ist die Sensibilität für das Thema „Betreuung“ bei vielen Vorgesetzten und übergeordneten Dienststellen spürbar erhöht. Gerade deshalb wird auch großer Wert auf eine durchgehende Anwesenheit der Militärseelsorge auf den seegehenden Einheiten im Einsatz gelegt.

Was ist Ihr Hauptbetätigungsfeld auf dem Schiff? Finden Gottesdienste statt? Gibt es ethischen Unterricht im Rahmen des LKU?

Als Militärpfarrer bin ich neben der Feier von Bordgottesdiensten für das geistig-seelische Wohl der Besatzung da. Ich stehe beispielsweise für Gespräche zur Verfügung. Dazu kann man mich einfach ansprechen, wenn ich durchs Schiff laufe, mich in meiner Kammer – so heißt das „Zimmer“, das man auf dem Schiff bewohnt – aufhalte oder die Seewachstationen besuche. In manchen Fällen bin ich dann der Kummerkasten oder Vermittler oder Ratgeber.

LKU findet auf Anfrage der Truppe natürlich auch im Einsatz statt. Dafür war während IRINI aber keine Zeit, weil der Dienstplan voll war und es oft dynamische Änderungen durch die sich verändernde äußere Lage gab.

Wenn Sie ein Fazit dieses Einsatzes ziehen müssten, wie würde es lauten? Gab es besondere Augenblicke oder Erkenntnisse, und blicken Sie noch einmal anders auf Ihre Arbeit?

Ein Gesamtfazit zur Seefahrt der Fregatte „Hamburg“ kann ich natürlich nicht ziehen, weil das

Schiff noch bis zum 20. Dezember auf See sein wird. Für die Zeit, die ich dort an Bord verbracht habe, kann ich aber Folgendes sagen: Es war für die Besatzung eine Herausforderung, in die Ungewissheit des Einsatzes zu starten. Neben den bereits erwähnten Einschränkungen kam noch die Ungewissheit über den Verlauf der Mission hinzu. Große Fragezeichen lagen über dem tatsächlichen operativen Einsatz und Nutzen dieser Operation. Nachdem die Besatzung für die Hafenaufenthalte schnell gute Möglichkeiten gefunden hat, sich zu beschäftigen und auch zu entspannen, konnte die erste große Anspannung langsam abgebaut werden. Auch bezüglich des Operationsverlaufes konnten zum Glück recht schnell Fakten geschaffen werden: Die Befürchtung, dass es sich „nur“ um eine politi-

Die Sensibilität für das Thema „Betreuung“ ist bei vielen Vorgesetzten und übergeordneten Dienststellen spürbar erhöht

sche Mission ohne operativen Einsatz handelte, konnte schnell widerlegt werden. Diese Erfahrungen haben maßgeblich auch meine Arbeit als Seelsorger an Bord geprägt.

Gerade in der Zeit an Bord wurde deutlich, dass ich als Militärseelsorger immer wieder angesprochen und angefragt wurde. Subjektiv würde ich sagen, dass bei diesem Einsatz ein höherer Gesprächsbedarf bestand als sonst. Das bedeutet für mich, dass wir präsent sein müssen, dort wo die Menschen sind, gerade auch in kritischen Situationen. Das können beispielsweise Auslandseinsätze, belastende Situationen im Inland, entbehrensreiche Übungen, Tätigkeiten im Grundbetrieb oder auch eine Pandemielage sein. Dort, wo wir ansprechbar sind – also nicht nur anonym über eine Telefonnummer oder E-Mail-Adresse, sondern über einen konkreten, bekannten Menschen –, wird unser Angebot wahrgenommen und angefragt, und es entsteht weitere Nachfrage nach zum Beispiel zusätzlichen Werkwochen.

Die Fragen stellten Rüdiger Frank und Heinrich Dierkes

„EIN STAATSBÜRGER IN UNIFORM WIRD IMMER DER BEVÖLKERUNG HELFFEN“

Auch der Sanitätsdienst der Bundeswehr ist in der Coronapandemie stark gefordert und unterstützt den zivilen Gesundheitssektor. Welche Erkenntnisse hat man aus der ersten Welle im Frühjahr gewinnen können, was motiviert Ärzte und Pflegepersonal, was hilft ihnen, ihre Erfahrungen zu verarbeiten? Wie blicken Mediziner auf die Entwicklungen in der Gesellschaft, und was würden sie Corona-Skeptikern entgegen? Zwei Ärzte aus dem Bundeswehrzentral Krankenhaus in Koblenz haben ihre Gedanken zu diesen und weiteren Fragen für Ethik und Militär formuliert.



Oberfeldarzt Dr. Dennis
Matthias Ritter



Oberstarzt Dr. Willi
Schmidbauer

Aus intensivmedizinischer Sicht laufen die derzeitigen Vorbereitungen im Wesentlichen nicht anders als im Februar während der ersten Welle. Das damals Geplante hat sich in der Praxis bewährt: Wir hatten zu jeder Zeit Kapazitäten und niemals das Gefühl, irgendeine Therapie nicht durchführen zu können. Das Kernelement war und bleibt damals wie heute die Schaffung ausreichender intensivmedizinischer Kapazitäten. Dabei geht es mittlerweile weniger um das Material, wie Beatmungsgeräte, sondern viel mehr um das Personal. Das gilt aber nicht nur für die Pflege, sondern gleichermaßen auch für das ärztliche Personal, was in der aktuellen öffentlichen Wahrnehmung etwas zu kurz kommt.

Die Frage nach der Motivation beantwortet sich dabei beinahe von selbst: Es gehört sowohl zum ärztlichen als auch zum pflegerischen Selbstverständnis, in einer solchen allumfassenden und äußerst bedrohlichen Lage alles – und damit meinen wir wirklich alles – zu geben, um zu helfen, Not zu lindern und im besten Fall zu therapieren. Damit eng verbunden ist aber auch die Möglichkeit des Scheiterns, indem man diesem gewaltigen Anspruch nicht oder nur teilweise gerecht wird. Davor haben vermutlich alle, die medizinisch in den ver-

schiedenen Funktionen und Führungsebenen Verantwortung tragen, zumindest Respekt, wenn nicht sogar Angst. Dieses unbehagliche Gefühl ist sicherlich individuell unterschiedlich stark ausgeprägt und sollte durchaus thematisiert werden. Es muss klar sein, dass dies nicht Weichheit oder sogar Feigheit ist, sondern schlicht eine nachvollziehbare Reaktion auf eine gewaltige Herausforderung darstellt. Dieses Bewusstsein über die eigene Fehlbarkeit, verbunden mit der Begrenztheit in den Möglichkeiten des eigenen Handelns, kann helfen, mit den Belastungen der Krise besser zurechtzukommen und nicht an der Last der Verantwortung zu zerbrechen. Aber auch Erfolg kann positiv verstärken. Deshalb war es während der ersten Welle sehr gut, dass die gewählte Struktur und die damit verbundenen Prozesse nahezu reibungslos funktioniert haben und wirklich jeder Patient behandelt werden konnte. Allein durch das Gefühl, bei der Bewältigung dieser fordernden Lage dabei gewesen zu sein, seinen Beitrag dazu leisten zu können, hat viele Angehörige des Sanitätsdienstes bestärkt und zu einem Motivationsschub verholfen. Erfolgreiche Gefahrenabwehr ist immer ein hervorragender Motivator! Natürlich wird dieser Erfolg durch jeden Patienten und jede Patientin geschmälert, welche man trotz optimaler Behandlung verliert. Es gehört deshalb zwangsläufig auch zur Aufarbeitung solcher Lagen, sich mit diesen vermeintlichen Misserfolgen auseinanderzusetzen, zu erkennen, ob Optimierungsbedarf besteht und ob man etwas dazulernen kann.

Das Bestreben nach ständiger Verbesserung umfasst auch die Nutzung wissenschaftlicher Erfolge. Im Laufe der Zeit hat man die Erkrankung immer besser verstanden, alte Therapieansätze verlassen, dafür neue erfolgreich evaluiert und in die klinische Praxis implementiert. Damit sind die Aussichten auf eine erfolgreiche Behandlung insgesamt gestiegen, was zusätzlich anspornt und hilft, mit der Situation umzugehen. Diese Motivation ist auch dringend notwendig, denn Corona ist eben nicht nur

eine medizinische Bedrohung, sondern wirkt auch auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Damit sind nicht nur die permanenten Diskussionen um geeignete Schutzmaßnahmen gemeint, sondern auch die Beeinflussung unseres Denkens und Erlebens durch das Virus. Dazu gehört beispielsweise die verstärkte Wahrnehmung der eigenen Vulnerabilität. Es wurde allen klar, wie schnell es gehen kann, das eigene Schicksal nicht mehr selbst kontrollieren zu können. Natürlich ist eine solche Kontrolle auch unter normalen Lebensbedingungen nicht vollständig gegeben, dazu sind Krankheiten, Verletzungen und auch der Tod zu unvorhersehbar und zu schicksalhaft. Aber in normalen Zeiten kann man diese Tatsache viel leichter ignorieren, zumindest so lange, wie man nicht selbst davon betroffen ist. Diese bequeme Ignoranz wird aktuell durch das Virus regelrecht paralytisiert. Vergleichbare Ereignisse waren in der Vergangenheit das Reaktorunglück in Tschernobyl 1986 oder die Anschläge vom 11. September 2001. Was diesen beiden Ereignissen gemeinsam ist, ist, dass sie eine Zeitmarke setzten und auf Jahre bestimmenden Einfluss auf das Weltgeschehen hatten. Ähnlich könnte es auch mit der Corona-Epidemie werden.

Umso wichtiger war es, dass die Bundeswehr genau wie 1986, 2001 auch jetzt hervorragend funktioniert hat und weiter funktioniert. Die Bundeswehr war in der Corona-Lage zur Stelle, hat stabilisiert und hat der Bevölkerung geholfen: schnell, bürgernah und unbürokratisch. Es ist davon auszugehen, dass dies bei großen Teilen der Bevölkerung genauso angekommen ist und das Vertrauen in die deutschen Streitkräfte nachhaltig gestärkt hat. Die Bundeswehr ist und bleibt ein Teil des Staates und wird niemals ein Staat im Staate sein oder werden. Ein Staatsbürger in Uniform wird immer der Bevölkerung helfen und nicht wegschauen, wenn Hilfe nötig ist. Dieser grundlegende Unterschied zur Reichswehr der Weimarer Republik ist die DNA der Bundeswehr. Damit bedeutet die Bewältigung der Coronakrise für die Bundeswehr als Ganzes keine wesentliche neue Erfahrung, sondern vielmehr ist dies die Bestätigung ihres ureigenen Auftrages. Für jeden einzelnen Soldaten

und für jede einzelne Soldatin, genau wie für die zahlreichen Zivilangestellten bedeutet dies – je nach Dienstalter zum ersten oder wiederholten Male – die Erfahrung zu machen, was es heißt, für die Bevölkerung einzustehen.

Skeptikern in diesem Zusammenhang zu begegnen ist schwierig, denn es gibt ja genug rationale und vor allem wissenschaftlich basierte Erklärungen zu Covid und den Umgang damit. Es gehört aber gerade zum Wesen dieser neuen Skepsis, Ratio und Wissenschaft nicht anzuerkennen, sondern diese vielmehr zu verleugnen. Dennoch wird es keinen anderen Weg mit minimaler Hoffnung auf Erfolg geben als den des Versuches der ernsthaften Diskussion. Wann immer sich dazu die Möglichkeit bietet, muss Skeptikern entschieden entgegengetre-

Corona ist eben nicht nur eine medizinische Bedrohung, sondern wirkt auch auf das gesellschaftliche Zusammenleben

ten werden. Dies gilt umso mehr für diejenigen, die aktiv am Kampf gegen Corona beteiligt sind. Sie müssen ihre Erfahrung weitergeben und Corona als das darstellen, was es ist: eine absolut tödliche Bedrohung, die nur dann bewältigt werden kann, wenn möglichst alle zusammenhalten. Man muss sich dabei bewusst sein, dass man, wenn überhaupt, nur wenige erreichen kann und bei den wenigen kaum ein Umdenken erreicht werden wird. Aber die einfache Tatsache, dass Überzeugung möglich sein könnte, muss Motivation genug sein, genau dies zu versuchen. Bedeutet doch die Diskussion mit uneinsichtigen Skeptikern den Versuch der Abwehr des Irrationalen durch die Ratio. Eine Ratio, die der Diskussion überdrüssig ist, wird nicht mehr ernst genommen, weil dies als Eingeständnis ihrer vermeintlichen Schwäche betrachtet wird. Und genau das darf nicht passieren!

COVID UND DIE BUNDESWEHR VON DER TAKTISCHEN ZUR STRATEGISCHEN PERSPEKTIVE

Abstand halten, Maske tragen, sich und andere vor einer Infektion schützen: Das stellt auch den Dienstbetrieb im Heer vor zahlreiche neue Probleme. Zudem waren zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Ausgabe im Rahmen der Amtshilfe Tausende Bundeswehrsoldaten in Gesundheitsämtern und andernorts tätig. In seinem Erfahrungsbericht blickt ein Offizier der 1. Panzerdivision auf den Beginn der Pandemie zurück und schildert die zahlreichen Aufgaben, die im Rahmen der Krisenbewältigung zu berücksichtigen sind.



Hauptmann Philipp Wolf, Adjutant des Kommandeurs der 1. Panzerdivision

Die Pandemie hat Deutschland und den Rest der Welt hart getroffen. Hohe Infektionsraten, beispiellose Sterblichkeitsraten und Gesundheitssysteme, die kurz vor dem Zusammenbruch stehen. Fast unsere gesamte Lebensweise, wie wir sie gewohnt sind, hat sich verändert. Masken, Social Distancing und Lockdowns beherrschen heute die Schlagzeilen. Doch die Missionen, Aufgaben und vor allem die Einsätze der Armee bleiben intakt. Darüber hinaus unterstützen wir unser Gesundheitssystem mit zusätzlichen Kräften, wo und wann immer wir können. Derzeit sind Tausende Soldaten in ganz Deutschland im Einsatz.

Ich habe die Pandemie auf zweifache Weise persönlich miterlebt. Anfang 2020 war ich in einer Aufklärungskompanie in Norddeutschland stationiert. Dort erlebte ich den Beginn der Krise. Wir befanden uns mitten in einer zweiwöchigen Übung. Wir hatten nur eingeschränkte Mobilfunk- und Fernsehverbindung, sodass wir schlechter informiert waren als der Rest der Welt. Kurz vor einem Gefechtsschießen mussten wir die Übung einstellen und sofort zu unserem Standort zurückkehren. Wir waren schockiert, verwirrt und besorgt, wie es

weitergehen würde. Die ersten Maßnahmen zielten darauf ab, die Ausbreitung des Virus zu verhindern, während die Kenntnisse über Ursache und Wirkung noch sehr begrenzt waren. Innerhalb weniger Tage stellten wir von der Übung auf ein Schichtsystem zu Hause um. Wir mussten über 70 Prozent unserer Soldaten nach Hause zu ihren Familien schicken, die ja auch mit der Krise zu kämpfen hatten. Während wir versuchten, unser Bestes zu geben, stießen wir auf mehrere Probleme.

Zunächst einmal konnten wir nicht alle nach Hause schicken. Vor allem die Kommandeure und Offiziere mussten vor Ort bleiben, damit wir handlungsfähig waren. Darüber hinaus kamen erste Hilfsanfragen aus dem zivilen Sektor. Also mussten wir es unseren Streitkräften ermöglichen, innerhalb kurzer Zeit zu reagieren. Es gab viele Fragen, wie wir diese Probleme lösen könnten. Gleichzeitig gingen die Einsätze in Mali, Afghanistan und im Irak weiter. Einige unserer Soldaten mussten noch die Einsatzvorbereitung absolvieren. Sie sollten sich bald in ein gefährliches Umfeld begeben, und wir mussten sicherstellen, dass sie die optimale Ausbildung erhielten.

Im Laufe der Zeit führten wir die sogenannten AHA-Regeln (Abstand, Hygiene, Alltagsmaske) ein und ermöglichten mehr Soldaten, von zu Hause zu arbeiten. Laptops und Systeme fielen nicht vom Himmel, aber nach ein paar Wochen konnten wir das „neue Normal“ etablieren. Homeoffice, Schichtsysteme und ein Abstand von 1,50 Metern mussten nun akzeptiert und angeordnet werden. Jeder Aspekt der für den Rest des Jahres geplanten Ausbildung musste neu bewertet und geplant werden. Nicht unsere schlechte Ausrüstungssituation wurde zum limitierenden Faktor, sondern die Maximalzahl von Personen in einem Bereich, um das Infektionsrisiko zu minimieren.

Während dieser Zeit wurde ich ausgewählt, um als Adjutant des Kommandeurs der 1. Panzerdivision zu dienen. Diese Position ist mit der eines Assistenten der Geschäftsführung vergleichbar. Ich wechselte

von der Kompanie- auf die Divisionsebene – von einer Einheit mit 200 Soldaten in Schleswig-Holstein zu einer mit 20 000 Soldaten, verteilt von den Niederlanden bis nach Mecklenburg-Vorpommern.

Dadurch gewann ich eine neue Perspektive auf die Probleme und Herausforderungen, die wir als militärische Führer zu lösen hatten. Auf Divisionsebene wurde deutlich, dass Covid auf jede Einheit in Norddeutschland Auswirkungen hat. Ab Juni 2020 brauchten unsere zivilen Pendanten immer mehr Hilfe, und die 1. Panzerdivision reagierte schnell. Doch die laufenden Einsätze und geplanten Übungen belasten die Tausenden von Soldaten. Heute ist die Division weltweit im Einsatz und unterstützt gleichzeitig Hunderte zivile Organisationen. Solange die Infektionen zunehmen, steigen auch die zivilen Missionen. Mit den Nachrichten über einen wirksamen Impfstoff in Deutschland und den Vereinigten Staaten bleibt die Hoffnung, dass sich diese Situation im Laufe des nächsten Jahres beruhigt. Dennoch glaube ich, dass wir unser Gesundheitssystem in naher Zukunft weiter unterstützen müssen.

Die Einschränkungen, die diese Krankheit mit sich gebracht hat, habe ich persönlich ganz unmittelbar erfahren. Gemeinsam besuchten der Kommandeur und ich mehrere Einheiten, die sowohl mit der Einsatzvorbereitung als auch mit der Corona-Krisenhilfe beschäftigt sind. Es war verblüffend zu sehen, wie positiv unsere Soldaten wahrgenommen wurden. Wir haben geholfen, wo wir konnten. Mir wurde klar, dass wir ohne die Unterstützung dieser Soldaten unser leistungsfähiges Gesundheitssystem nicht aufrechterhalten könnten. Die Folgen wären noch schlimmer, als sie es heute schon sind.

Während sich die neue Normalität am Anfang schwierig gestaltete, glaube ich heute, dass sich mittlerweile alle daran gewöhnt haben. Unsere Soldaten haben sich schnell daran angepasst. Heute ist es für jeden üblich, 1,50 Meter Abstand zu halten und einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Dies wird so lange weitergehen, wie die Pande-

mie besteht. Aber ich bin optimistisch, dass wir den längeren Atem haben und dass das Virus letztendlich verlieren wird.

Bis dahin werden wir als Soldaten bereitwillig und tatkräftig helfen – ob in einem

Jeder Aspekt der für den Rest des Jahres geplanten Ausbildung musste neu bewertet und geplant werden

Einsatz, bei einer Flutkatastrophe oder im Gesundheitsamt in Bad Oldesloe. Covid hat uns ein neues Verständnis des Bundeswehr-Leitspruchs „Wir.Dienen.Deutschland“ gegeben.



ALLE AUSGABEN

www.ethikundmilitaer.de



Diese und alle anderen Ausgaben von „Ethik und Militär“ finden Sie **in Deutsch und Englisch** auf der Homepage des E-Journals.

Bisher erschienene Ausgaben von „Ethik und Militär“

- 2020/1 Nukleare Abschreckung
- 2019/2 Ethische Bildung
- 2019/1 Konfliktzone Cyberspace
- 2018/2 Europäische Armee
- 2018/1 Strategic Foresight
- 2017 Terror
- 2016 Innere Führung
- 2015/2 Hybride Kriege
- 2015/1 Militärmedizinethik
- 2014/2 Cyberwar
- 2014/1 Dronen und LAWS

Die kommende Ausgabe: ab 15.6.2021 online

Der Klimawandel als Sicherheitsrisiko

IMPRESSUM

Das E-Journal „Ethik und Militär“ mit der ISSN-Nummer 2199-4129 ist ein unentgeltliches, nicht kommerzielles, journalistisch-redaktionell gestaltetes, digitales Angebot des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis, Herrengraben 4, 20459 Hamburg.

Direktorin des zebis: Dr. Veronika Bock

Hinweis: Die veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Herausgeberkreises wieder.

Herausgeber

Prof. Dr. Andreas Bock, Dr. Veronika Bock,
Prof. Dr. Thomas Ellßner, Prof. Dr. Johannes Frühbauer,
Prof. Dr. Fred van Iersel, Prof. Dr. Alexander Merkl,
Norbert Stäblein

Advisory Board

Lothar Bendel, Heinrich Dierkes, Friederike Frücht,
Dr. Angela Reinders, Cornelius Sturm, Kristina Tonn

Redaktion

Jan Peter Gülden, Rüdiger Frank

Verantwortlich gemäß § 55 Abs.2

Rundfunkstaatsvertrag (RStV):

Dr. Veronika Bock, Herrengraben 4, 20459 Hamburg

Kontakt zur Redaktion

Tel.: +49(0)40 - 67 08 59 - 51, Fax 67 08 59 - 3

E-Mail: redaktion@zebis.eu

Diensteanbieter als Rechtsträger des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis

Katholische Soldatenseelsorge (KS)

Rechtsform

Anstalt des öffentlichen Rechts

Aufsicht

Katholischer Militärbischof für die

Deutsche Bundeswehr

Am Weidendamm 2, 10117 Berlin

Vertretungsberechtigter Vorstand der KS

Direktor beim KMBA

Msgr. Wolfgang Schilk

Diplom-Kaufmann Wolfgang Wurmb

Am Weidendamm 2

10117 Berlin

Kontakt zur KS

Telefon: +49(0)30 - 20 617 - 500

Telefax: +49(0)30 - 20 617 - 599

Info@Katholische-Soldatenseelsorge.de

Erscheinungsdatum: 1.12.2020



ethikundmilitaer.de



zebis
Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften

Herrengraben 4
20459 Hamburg

Tel. (040) 67 08 59 - 55
Fax (040) 67 08 59 - 59

info@zebis.eu
www.zebis.eu